

Josef Schüßlburner

V.

SPD in den Verfassungsschutzbericht – Würdigung der Sozialdemokratie nach der Methodik des Verfassungsschutzes

Stand: 9.07.2021

Und es entstand die erste, die goldene Zeit: ohne Rächer, ohne Gesetz, von selbst bewahrte man Treue und Anstand. Strafe und Angst waren fern; kein Text von drohenden Worten...¹

Es gibt einen Standort der Freiheit, von dem aus die parlamentarische Demokratie ... in Bausch und Bogen zum alten Eisen geworfen werden muß. Ich beziehe diesen Standort, wenn es darum geht, die Dinge im großen Zusammenhang durchzudenken, um zu einem in sich geschlossenen System wünschbarer Weltorganisation zu kommen.²

Heil Dir, Lassalle!³

„SPD-Verbot jetzt!“, so die Forderung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.⁴ Dieses ironisch gemeinte Ansinnen, wofür auch stehen könnte: „SPD in den Verfassungsschutzbericht jetzt!“⁵ wird damit „begründet“, daß die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie... sie als das gemeingefährlichste Gesundheitsrisiko für die geistige Stabilität der Wähler“ ausweise, „das jemals in irgendeinem Land der Welt Virulenz entfalten durfte.“ Damit ist gemeint, daß die Sozialdemokratie, sofern sie erfolgreich regiert oder ihr zumindest nach den zur politischen Moralität führenden Kategorien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland kein Vorwurf gemacht werden kann, gar nicht so sozialdemokratisch handelt wie dies ihre Anhänger eigentlich erwarten und wie auch die politischen Lieder erwarten lassen, in denen „die letzten Schlacht“ „heilig“ genannt⁶ und zu diesem Zwecke „das Sterben verlacht“⁷ wird: Der kollektive Einheitsmensch, der sich durch brüderliches Händeneinanderlegen bildet, lebt ja ewig!

Das von ihrem Liedergut glücklicherweise abweichende Verhalten dieser Partei mag dabei auf einen Mangel an Mut oder auf bessere Einsicht zurückzuführen sein. Jedoch führt dieses von nicht-sozialistischen Gegnern der SPD durchaus begrüßte Abweichen der SPD-Politik von ihrer weltanschaulichen Konzeption und emotionalen Stimmung, was für diese Partei schon immer

¹ So der römische Dichter *Ovid* über das goldene Zeitalter, das man unwiderruflich verloren wußte, während manche Sozialdemokraten es - immer noch - mit politischen Mitteln verwirklichen wollen!

² So *Erich Kuby*, in: *Martin Walser* (Hrsg.), *Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?*, 1961, S. 153, also in einem Gemeinschaftswerk von Linksinтеллектуellen, die für eine Regierung *Brandt* (SPD) eintraten; die Ideologiekomplexe Verfassungsschutz, Antiparlamentarismus und internationale Einbindung sind dabei in Anlehnung an *Nelson* (s. weiter im vorliegenden Beitrag), den eigentlichen Vater des den Abkehr der SPD vom totalitären Marxismus markierenden Godesberger Programms von 1959, erhellend als sozialdemokratische Freiheitskonzeption zusammengefaßt.

³ Beginn eines Gedichts zum Geburtstag von *Ferdinand Lassalle* vom Handarbeiter *A. Hinze*, in: *Social-Demokrat*, Nr. 56 vom 5.5.1865.

⁴ S. *FAZ* vom 15.04.2005, S. 33.

⁵ Daß es beim VS-Bericht um eine verfassungswidrige Vorwirkung eines Parteiverbots geht wird dargestellt im 25. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: „**Verbotsdiskussion**“ als verfassungswidrige Vorwirkung des Parteiverbots <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/12/Surrog25-Verbotsvorwirkg.pdf>

⁶ S. <https://www.youtube.com/watch?v=EtAVd4YnSto>

der Text des SPD-Sonnenliedes:

http://www.lieder-archiv.de/lieder/show_song.php?ix=300532

⁷ Eine Analyse des Sonnenliedes „**Brüder, das Sterben verlacht...**“- Gnostischer Mythos als Gemeinsamkeit der Sozialisten findet sich als 9. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-9.pdf>

kennzeichnend gewesen ist, zu einer durchaus ernst zu nehmenden Problemstellung: Mit einiger Berechtigung ist nämlich angenommen⁸ worden, daß sich die Begründung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) für das Verbot der KPD⁹ beinahe wie eine nachträgliche Rechtfertigung des gegen die SPD gerichteten Sozialistengesetzes des sog. Obrigkeitsstaates¹⁰ ausnehme.

Inkubation des Totalitarismus in der Sozialdemokratie

Dies würde bedeuten, daß die SPD auch bei Geltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) und bei Anwendung der primär gegen Parteiideen und -programmatik gerichteten Verbotskonzeption des Bundesverfassungsgerichts verboten, zumindest der Verfassungsschutzbeobachtung mit Auflistung in einem Verfassungsschutz-Bericht als Verbotsersatz unterworfen werden könnte, wenn das von der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands - wofür seinerzeit das Kürzel „S(A)PD“ stand - im Jahre 1875 beschlossene Gothaer Programm¹¹ oder das nachfolgende Erfurter Programm von 1891¹² noch Gültigkeit¹³ hätten. Da sich die heutige SPD noch immer stolz auf diese Tradition bezieht,¹⁴ ist dies unter dem Gesichtspunkt des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ (VS) durchaus von aktueller Bedeutung; denn schließlich hält der „VS“ etwa die „Neue Rechte“ vor allem deshalb für „verfassungsfeindlich“ und damit letztlich als (partei-)verbotsbedürftig, weil sie etwa an die „konservative Revolution“ der 1920er Jahre anknüpfen würde.

Die verfassungsfeindlichen Folgen, die die politische Verwirklichung der humanitaristischen SPD-Programmatik der 1890er Jahre gehabt hätte, werden schlüssig in der Schrift *Sozialdemokratische Zukunftsbilder*¹⁵ des linksliberalen Reichstagsabgeordneten *Eugen Richter*¹⁶ von 1892 dargelegt. Bei dieser Darstellung der Abläufe eines unterstellten absoluten Wahlerfolgs der *Bebel-SPD* wird einem gewahr, wie genau die Mechanismen, die in der späteren „Deutschen Demokratischen Republik“ („DDR“) zum „17. Juni“ führen sollten, sich bis in Rechtfertigungselemente und Mentalitätsschilderung hinein aus der Logik sozialdemokratischer Programmatik und Utopieverwirklichungssehnsucht („euer Sehnsucht Verlangen“ im Sinne des Sonnengesangs, das „Himmel und Nacht überschwillt“) voraussagen ließen. *Richter* konnte natürlich nicht die DDR-Gründung durch die Sowjetarmee vorausahnen, sondern er sagte mit einer frappierenden Plausibilität ein ähnliches Regime nach einem Wahlsieg der SPD, bezogen auf das gesamte Deutsche Reich voraus. Die Grenzflucht wegen der Erhöhung der Arbeitsnormen findet in der Negativutopie von *Richter* daher über die Schweiz statt. Die Schutzmannen, denen schließlich aufgetragen wird, von der Schußwaffe

⁸ So *Wolfgang Abendroth*, *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Aufsätze zur politischen Soziologie, 1967, S. 152.

⁹ S. BVerfGE 5, 85 ff.

¹⁰ S. dazu die Ausführungen im 5. Teil der Serie Parteiverbotskritik: **Die Bundesrepublik - der freieste Staat der deutschen Geschichte?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-5.pdf>

¹¹ S. <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm>

¹² S. <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>

¹³ Die Programme sind auch abgedruckt und werden eingehend behandelt bei *Susanne Miller*, *Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit*, 1964, S. 308 ff.

¹⁴ Daß man diese auch anders bewerten kann, ist Gegenstand des 3. Beitrags zur Sozialismusbewältigung: **Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-3.pdf>

¹⁵ Abgedruckt in: *Der Traum vom besten Staat*, hrsg. von *Helmut Swoboda*, 1987, S. 345 ff.; Neuauflage mit Inhaltsverzeichnis und Leseproben s. bei:

<http://lichtschlag-buchverlag.de/programm/EugenRichter/SozialdemokratischeZukunftsbilder>

¹⁶ S. zu *Eugen Richter*: https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Richter

Gebrauch zu machen, tragen aus Gründen der Abgrenzung von der Polizei des „Obrigkeitsstaates“ keine blauen, sondern braune Uniformen! Damit dürfte überzeugend nachgewiesen sein, daß die „Deutsche *Demokratische* Republik“ im ideologie-historischen Kontext eine sozialdemokratische Möglichkeit dargestellt hat, zumal sich der Kommunismus, der den „realen Sozialismus“ der „DDR“ mit Hilfe mitwirkungsbereiter Sozialdemokraten wie dem früheren Justizminister des Landes Braunschweig, *Otto Grotewohl* (1894-1964),¹⁷ verwirklichen sollte, unbestreitbar aus der SPD eines *Bebel*¹⁸ hervorgegangen ist.

Das Selbstverständnis der SPD, das ihr zumindest einen moral-politischen Wettbewerbsvorteil gegenüber der parteipolitischen Konkurrenz sichern soll, stellt sich allerdings etwas anders dar: Es handelt es bei ihr danach um die „eigentliche demokratische“ Partei Deutschlands, die mit (fast!) unveränderter Namensbezeichnung mehrere Systemwechsel überstanden und wegen ihres Eintretens für Demokratie und Freiheit Diskriminierung und Verfolgung erlitten hat. In der Tat wird der Leser der angeführten Parteiprogramme versucht sein, diesem Selbstverständnis etwas abzugewinnen, wenn er von der „Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken“ liest und die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe ohne Unterschied des Geschlechts zur Kenntnis nimmt. Wie kann sich aber aus einer derartigen, sicherlich „demokratisch“ zu nennenden, ansonsten relativ dürftigen Programmatik so etwas wie die von *Richter* aufgrund dieser Programmatik vorausgesagte „DDR“ ergeben? Zum einen könnte dies nach den Bewertungskategorien des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ auf die unverkennbar identifizierbare anti-parlamentarische Einstellung, die insbesondere im Gothaer Programm (modifiziert im Erfurter) mit der Forderung nach direkter Volksgesetzgebung¹⁹ und auf die letztlich gegen das Gewaltenteilungsprinzip gerichtete Forderung auf „Rechtsprechung durch das Volk“ zurückgeführt werden.

Nach der vom Bundesverfassungsgericht insbesondere beim SRP-Verbot angewandten Unterstellungsmethodik ergibt sich zum anderen diese verfassungsfeindliche Tendenz aber wohl noch mehr aus dem sogenannten „geheimen“²⁰ Parteiprogramm, d.h. aus den Reden führender Politiker und ihren Aufsätzen in der Parteipresse. Hierbei wäre etwa darauf hinzuweisen, daß der nachträglich zum Parteigründer ernannte *Lassalle*²¹ seinen Anhängern eingeschärft hatte, daß er mit seiner Forderung auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts „Revolution“²² meine: Damit wird „Wahlrecht“ das „Code-Wort“ (VS-Terminologie) für eine im Zweifel doch nach Blut riechenden Herrschaftsausübung, die in der Tat der Vorstellung von *Lassalle* entsprochen²³ hat und dann der Forderung nach allgemeiner Wehrhaftigkeit und „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“ einen besonderen Sinn verleiht, den man nach bundesdeutschen Kategorien als „verfassungsfeindlich“ kennzeichnen müßte.

¹⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Grotewohl

¹⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/August_Bebel

¹⁹ S. *Miller*, a. a. O., S. 101, spricht insofern von der „Ablehnung des Repräsentativsystems“.

²⁰ „Ohne weiteres leuchtet ein, daß die Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden“; s. BVerfGE 5, 85, 144 im Falle der KPD; das SRP-Verbot ist fast nur auf das „geheime Parteiprogramm“ gestützt worden.

²¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Lassalle

²² S. Nachweis bei *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1973, S. 57.

²³ Zu diesem s. den Aufsatz des Verfassers: Sozialismus als deutsche Weltherrschaft. Wiederkehr der verdrängten Lehren Lassalles. Über die sozialdemokratischen Wurzeln des Nationalsozialismus, s. (dort auf S. 48 ff.): <file:///D:/Downloads/ef079-screen.pdf>

Im Falle der SPD ist allerdings die nach VS-Methodik zur Identifizierung von „Verfassungsfeinden“ und damit Verbotskandidaten zu ermittelnde „geheime“ Programmatik dann gar nicht „so geheim“ gewesen. Man braucht dazu die Begründung²⁴ von *Eduard Bernstein*, der im neueren SPD-Selbstverständnis häufig als Beleg für die Überwindung des parteiamtlichen Marxismus angeführt wird, für diese demokratischen Grundsätze lesen: „Die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß macht nicht das Wesen der Demokratie aus, wie diese heute zu verstehen ist. Wesentlich für die Demokratie in der Gegenwart ist die Selbstbestimmung bei gleichem Rechte und freiem Wort. Jede Beeinträchtigung des freien Wortes ist Beeinträchtigung der Demokratie.“

„In diesem Satz sind „heute“ und „Gegenwart“ wichtig“,²⁵ weil dies in der Tat eine erhebliche, den Zeitumständen, vor allem der Parteitaktik geschuldete Relativierung des Demokratieprinzips ermöglicht, die ihren Ausgangspunkt allerdings in folgender Aussage von *Friedrich Engels* hat:

„Die Kommunisten, weit davon entfernt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit den Demokraten nutzlose Streitigkeiten anzufangen, treten vielmehr für den Augenblick in allen praktischen Parteifragen selbst als Demokraten auf. Die Demokratie hat in allen zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge, und die politische Herrschaft des Proletariats ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln. Solange die Demokratie noch nicht erkämpft ist, solange kämpfen Kommunisten und Demokraten also zusammen, solange sind die Interessen der Demokraten zugleich die der Kommunisten.“²⁶

Friedrich Engels, eine für die SPD wohl immer noch maßgebliche Person, hat ihn doch noch der SPD-Vorsitzende und Friedensnobelpreisträger *Willy Brandt* in seiner Eloge über „soziale Demokratie“ als „großen Deutschen“²⁷ gewürdigt, hat dabei zu einem Verhalten aufgefordert, für welches das Verdikt *Legalitätstaktik* zutrifft, das der „Verfassungsschutz“ - den Sozialisten und „Rechtsextremisten“ *Hitler* vor Augen - sich für Gruppierungen ausdenkt, die sich legal verhalten, aber gerade deshalb aufgrund ihrer staatlich für „falsch“ angesehenen politischen Programmatik die größte Gefahr für Demokratie darstellen: Sie könnten gewissermaßen demokratisch die Demokratie abschaffen und diese Abschaffung, weil demokratisch vorgenommen, dann auch noch als „Verwirklichung der Demokratie“ ausgeben.

An derartigem hat die SPD selbst - vielleicht paradoxer Weise - historisch nicht zuletzt ihr parteiamtlicher Marxismus gehindert, wie er schließlich vom Chefideologen²⁸ *Karl Kautsky*²⁹ ausformuliert worden ist: Wenn die marxistischen Erkenntnisse zutreffend sind, müsse man im Prinzip ja nur abwarten, bis der aus dem „Kapitalismus“, d.h. der bürgerlichen Gesellschaft sich ergebende „Kladderadatsch“³⁰ - für den man natürlich keine Verantwortung übernehmen könne - mit gewissermaßen naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit von selbst einstelle, wie es ja letztlich unsinnig wäre, für den Eintritt einer Mondfinsternis politisch tätig zu sein. Auch der

²⁴ S. *Eduard Bernstein*, Sozialdemokratische Völkerpolitik, 1917, S. 13.

²⁵ So zu Recht die Analyse von *Caspar v. Schrenck-Notzing*, Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, 1971, S. 85.

²⁶ Zitiert bei *Konrad Löw*, Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels - Die Väter des Terrors, 1999, S. 56.

²⁷ S. *Willy Brandt*, Friedrich Engels und die soziale Demokratie, 1990, S. 12.

²⁸ Zu dem von diesem vertretenen Sozialdarwinismus, s.

<https://ef-magazin.de/2018/03/03/12379-germanische-rasse-und-sozialismus-darwino-marxismus-und-ns-ideologie>

²⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Kautsky

³⁰ S. dazu *Schrenck-Notzing*, a.a.O., S. 60 ff.: Warten auf den Kladderadatsch.

alte *Engels* hat den kontinuierlich erscheinenden Stimmenzuwachs der SPD als Spiegelung dieser quasi-naturwissenschaftlichen Entwicklung verstanden, was auf die Vorstellung hinauslief, daß 51% SPD-Reichstagsmandate (legale) Revolution bedeuten würden. Aufgrund dieses „Attentismus“³¹ konnte sich die SPD als „revolutionäre, aber nicht Revolution machende Partei“ verstehen, was ein Kokettieren mit blutrünstigen Erscheinungen wie der Pariser Kommune allerdings nicht gänzlich ausschloß.

Eine entsprechende Rede des Parteiheros *Bebel*, der die Vorgänge in Paris als für die SPD-Politik vorbildlich betrachtete, war das Hauptargument für den Erlaß des mehrmals verlängerten Sozialistengesetzes, das damit bei rechtsstaatlicher Bewertung sicherlich besser begründet war als das in seinen Voraussetzungen und Auswirkungen einschneidender wirkende bundesdeutsche SRP-Verbot³² des Bundesverfassungsgerichts. Außerdem kann nicht verkannt werden, daß in der SPD große Erwartungen hinsichtlich eines europäischen Kriegs und die Hoffnung auf eine Durchsetzung der Armee mit sozialdemokratischen Elementen³³ bestanden. Der Erste Weltkrieg hat denn auch der deutschen Sozialdemokratie ihr bis heute maßgebliches Gepräge gegeben.³⁴

Verfassungsfeinde aus der Sozialdemokratie und ihre „Relativierung“

Trotz der sicherlich auch von besserer Einsicht getragenen biederen Verhaltensweise, die die demokratische Verwirklichung des Sozialismus ohne 51%-Mehrheit, die sich aber nicht einstellen wollte, ausschloß, trifft die Sozialdemokratie ein entscheidender historischer Vorwurf, der zumindest auf der Ebene der VS-Argumentationsmethodik auch von rechtlicher Relevanz ist: Die SPD hat vor allem über den parteiamtlichen Marxismus den (demokratischen) Totalitarismus nicht nur in Deutschland, sondern als für fast ganz Europa maßgeblicher sozialistischer Partei, generell ausgebrütet. Die Furcht *Bismarcks* vor einem „allgemeinen sozialistischen Zuchthaus“, die er anlässlich der Reichstagsdebatte³⁵ über das gegen die SPD gerichtete Sozialistengesetz zum Ausdruck brachte, sollte eine als prophetisch zu kennzeichnende Berechtigung haben. Die Einlassung von *Bebel* gegen diesen Vorwurf bestand in der Abgabe eines entschiedenen demokratischen Bekenntnisses,³⁶ das sich angesichts von Mauer und Stacheldraht der „Deutschen Demokratischen Republik“, die dem Begriff „allgemeines Zuchthaus“ einen architektonischen Ausdruck verleihen sollte, letztlich als haltlos erweisen. Die Demokratiekonzeption der klassischen SPD und der „ihr eigentümliche Freiheitsbegriff“ (*Susanne Miller*) schlossen derartige Entwicklungen offensichtlich nicht aus, weil sie sonst nicht von so unterschiedlichen Personen³⁷ wie *Eugen Richter* und *Otto v. Bismarck* zutreffend hätten vorausgesagt werden können. Der Demokratiebegriff von *Bebel*

³¹ S. dazu *Groh*, a. a. O., insbes. S. 57 ff.

³² S. BVerfGE 2, 1 ff.

³³ So der wichtige Hinweis bei *Peter Gilg*, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland, 1965, S. 65.

³⁴ S. dazu auch den 4. Teil zur Sozialismusbewältigung: **Weltkrieg als Weltrevolution – Vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-4.pdf>

³⁵ „Im Zuchthaus von heute ist der Aufseher wenigstens ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann. Aber wie werden die Aufseher sein in dem **allgemeinen sozialistischen Zuchthaus**? ... Die erbarmungslosesten Tyrannen, die je gefunden wurden“, zitiert bei *Siegfried Fischer-Fabian*, Herrliche Zeiten. Die Deutschen und ihr Kaiserreich, 1983, S. 124 (Hervorhebung hinzugefügt).

³⁶ S. *Miller*, a. a. O., 252.

³⁷ Der liberale *Richter* hat gegen das von *Bismarck* initiierte Sozialistengesetz votiert und deshalb seine „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ erst nach Auslaufen dieses Gesetzes veröffentlicht, um nicht als dessen Befürworter zu erscheinen; zur Bekämpfung der SPD hat *Richter* an Stelle von Verboten vorgeschlagen, man sollte die SPD-Pamphlete auf Staatskosten verbreiten.

steht unverkennbar in der Tradition der „totalitären Demokratie“,³⁸ geht er doch davon aus, daß sich zwar der einzelne, nicht aber die Gesamtheit „irren“³⁹ könne. Im Zweifel dürften dann 51% der Abgeordneten (die für Sozialismus stehen) dann auch für die „Gesamtheit“ stehen, welche die anderen 49% irrtumsfrei als Volksfeinde („Klassenfeinde“) ausmacht, denen dann gemäß Volksentscheid keine Rechte zustehen, so daß die von *Bebel* zur Korrektur eines Volksirrtums vorgesehene freie Kritik stillschweigend abgeschafft würde: Und etwas anderes bedeutet der „Kampf gegen Rechts“ der bundesdeutschen Sozialdemokratie nun wirklich nicht.

Zur dieser Wende des Demokratischen ins Totalitäre hatte *Lassalle* schon vorgearbeitet,⁴⁰ indem er es von vornherein ausschloß, daß in seiner „freien Gesellschaft“ die Rechte des einzelnen überhaupt vergewaltigt werden könnten: In derartigen Befürchtungen konnte er nur „ätzenden Individualismus“ erkennen, der als individuelle Willkür der Freiheit des demokratischen Kollektivs entgegensteht. Läßt man sich auf diese *totalitäre Logik eines kollektivistischen Menschenbildes* - wie dies der bundesdeutsche „Verfassungsschutz“ nennt - einmal ein, dann kann man auch zum Ergebnis gelangen, daß es nicht unbedingt die 51% sind, die irrtumsfrei den Volkswillen erkennen, sondern zumindest im „Kapitalismus“, der die Realisierung des wahren Volkswillens nicht zuläßt, ein bei weitem geringerer Prozentsatz an Erkennenden genügt. So führte denn auch die zeitgenössische SPD plebiszitäre Fehlentscheidungen⁴¹ wie die Einsetzung von *Louis Napoleon* zum Kaiser von Frankreich darauf zurück, daß die sozialen Bedingungen, die für die Erkenntnis des wahren Volkswillens erforderlich seien, noch nicht vorlägen, d.h. erst im Sozialismus kann man dann erst das Plebiszit oder gar Demokratie zulassen. Vorher müssen die wahrhaft Erkennenden unter dem Banner der Demokratie Revolution machen, um den Sozialismus zu erzwingen. Eine derartige Argumentation richtet sich nicht nur gegen den Obrigkeitsstaat, wie SPD-apologetisch gelegentlich behauptet wird, sondern auch gegen den „bürgerlichen Parlamentarismus“, gegen den in dieser Partei während der Weimarer Republik, mit der die SPD von ihren Gegnern eher zu Unrecht identifiziert⁴² wurde, erhebliche Vorbehalte bestanden: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, war ein kennzeichnendes Schlagwort, dem auch der spätere *Willy Brandt*⁴³ folgte. Deshalb hat sich die SPD trotz Republik 1925 nicht in der Lage gesehen, im Heidelberger Programm⁴⁴ der sozialistischen Utopie abzuschwören, an der gemessen naturgemäß auch die (demokratische) Republik verdammt werden mußte.

Es dürfte aber klar sein, daß der im Vergleich mit der Programmatik paradoxe „Attentismus“ der SPD, der sie selbst immerhin vor der Verwirklichung ihres doch eigenartigen (nach FDGO-Maßstäben) verfassungsfeindlichen Programms zurückschrecken ließ, auf Kosten ihrer sozialistischen Glaubwürdigkeit ging. Dabei ist leicht nachvollziehbar, daß diese Haltung bei wesentlichen Teilen der ursprünglichen, vom sozialdemokratischen Gerächigkeitsverlangen getriebenen Anhängerschaft auf den Vorwurf des Verrats⁴⁵ stoßen mußte: „Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten!“ Deshalb sollte nicht verwundern, daß alle politischen Führer, die das kaiserliche Deutschland und danach die Weimarer Republik in eine „demokratische“ Rätediktatur umwandeln wollten, aus der SPD hervorgegangen sind: *Rosa Luxemburg, Karl*

³⁸ S. dazu *J. L. Talmon*, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, 1961, insbes. S. 34-45.

³⁹ S. *Miller*, a a. O., S. 100 f.

⁴⁰ S. ebenda, S. 52 f.

⁴¹ S. ebenda, S. 102.

⁴² So zu Recht *Heinz Höhne*, 'Gebt mir vier Jahre Zeit'. Hitler und die Anfänge des Dritten Reichs, 1996, S. 22.

⁴³ S. http://www.rowohlt.de/fm/131/Monographie_Brandt.pdf (dort S. 11); s. zuletzt umfassend: *Franz Walter*, „Republik, das ist nicht viel!“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, 2011, 454 S.

⁴⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Heidelberger_Programm

⁴⁵ S. dazu das Buch von *Richard Wiegand*, „Wer hat uns verraten ...“ Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution. Ahriman-Verlag 1999, mit einem Vorwort von *F. E. Hoevens* und zahlreichen ergänzenden Materialien.

Liebkecht, Ruth Fischer, Heinz Neumann und Ernst Thälmann, um nur die Bekanntesten zu nennen. Einige Anhänger dieser Verfassungsfeindlichkeit wie *Willy Brandt* und der Komintern-Agent und Schreibtischtäter⁴⁶ *Herbert Wehner*⁴⁷ sind dann wieder an prominenter Stelle zur SPD zurückgekehrt. Desgleichen sind die maßgeblichen Personen, die die DDR-Diktatur errichtet haben, aus der SPD hervorgegangen: *Walter Ulbricht*,⁴⁸ *Wilhelm Pieck*⁴⁹ und eben *Otto Grotewohl*. Im internationalen Rahmen lauten die bekanntesten Namen, die für Totalitarismus und Diktatur stehen und aus der jeweiligen sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sind, die sich jeweils an der SPD als Mutter der (mittel- und ost-)europäischen Sozialdemokratie ausgerichtet hatten: *Wladimir Iljitsch Lenin, Josef Stalin, Boleslaw Bierut, Georgi Dimitroff, Bela Kun, Josef Pilsudski, Matyas Rakosi* (und schließlich auch *Benito Mussolini*). Dabei ist es den aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Verfassungsfeinden oder (im bundesdeutschen VS-Slang gesprochen) „Linksextremisten“ nicht um eine Abkehr von der - sozialdemokratischen - Ideologie gegangen, sondern um ihre entschlossene Verwirklichung, indem sie die „Sozialdemokratie bei ihrem revolutionären Wort nahmen.“⁵⁰

Alle Versuche, die nach Abspaltung der Kommunisten seitens der Sozialdemokratie gemacht wurden, diesen „Renegaten“ die sozialistische Legitimität abzusprechen, sind dementsprechend wenig überzeugend gewesen. Die Kommunisten konnten sich sogar mit größerer Berechtigung als die „revisionistische“ Sozialdemokratie auf die Gründungsväter *Marx* und *Engels*, aber auch auf *Bebel*, *W. Liebkecht* und letztlich bei aller Gegnerschaft auch auf *Kautsky* selbst⁵¹ berufen. *Lenin, Stalin* und Co. konnten sich zugutehalten, endlich umzusetzen, wozu die Sozialdemokratie nie die Nervenstärke aufgebracht hatte. Wenn es der kommunistischen Seite gelang, die Initiative zu ergreifen, geriet die Sozialdemokratie deshalb in eine fatale Defensive. Dieser hätte sie nur durch generelle Abkehr von ihren - in bundesdeutscher VS-Terminologie gesprochen - linksextremen Gedankenguts entkommen können, indem sie etwa offen bekannt hätten, daß die Vorstellung *Bebels* von einer absoluten Interessenharmonie in der klassenlosen Gesellschaft,⁵² die er insbesondere in seinem bekannten Hauptwerk *Die Frau und der Sozialismus* ausbreitete, zumindest spätpubertären Unsinn, wenn nicht politikriminelle Verrücktheit darstellt: „Das Irreale dieser Konstruktion ist grotesk“⁵³ und dem Wahn verpflichtet, die dichterische Nostalgie eines *Ovid* machtpolitisch als „Zukunftsstaat“ zu verwirklichen.

Da die Sozialdemokratie ersatzreligiös von einer derartig linksextremen Weltanschauung nicht loslassen konnte, ist es zu erklären, daß es in Rußland von 1917 einer Hundertschaft von Berufsrevolutionären relativ leicht gelingen konnte, die bei weitem größerer Anhängerschaft der Sozialdemokratie auszuschalten. *Kerensky*⁵⁴ teilte nämlich als Sozialdemokrat letztlich das geschichtsphilosophische Ziel der Bolschewiken, wollte es nur nicht mit der den Kommunismus kennzeichnenden Radikalität umsetzen. Dieser Radikalismus ist jedoch nichts anderes als „der Versuch, ein von der (sozialdemokratischen, *Anm.*) Geschichtsphilosophie

⁴⁶ S. *Reinhard Müller*, *Herbert Wehner* - Moskau 1937, 2004.

⁴⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Wehner

⁴⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Ulbricht

⁴⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Pieck

⁵⁰ So *Eduard Bernstein* über *Rosa Luxemburg*, deren Isolierung innerhalb der SPD er bedauerte, s. *Groh*, a. a. O., S. 210.

⁵¹ S. *Miller*, a. a. O., S. 241 spricht auch in Bezug auf das Denken von *Kautsky* davon, daß es auf eine „totalitäre Demokratie“ hinauslaufen würde, wobei hinzuzufügen ist, daß er dies immerhin selbst - im Gegensatz etwa zu *Bebel* – ansatzweise erkannt hatte, was auch seinen Haß auf die Bolschewiken erklärt, denen er nicht zugestehen wollte, daß sie sich zu Recht auf *Marx* und *Engels* bezogen.

⁵² S. *S. Miller*, ebenda.

⁵³ So *Gilg*, a. a. O., S. 70.

⁵⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Fjodorowitsch_Kerenski

aufgezeigtes Entwicklungsziel unmittelbar zu verwirklichen, die säkularen Entwicklungslinie auf wenige Willensakte zusammenzudrängen. In diesem Versuch verschwindet jede zeitliche Perspektive.“⁵⁵ Was die Sozialdemokratie in ihrem „Attentismus“ abwarten ließ, weil es ja sowieso kommen mußte, fordert die Radikalen zum entschlossenen Handeln auf, deren verbrecherischen Methoden sich durch das hehre Ziel der Menschheitserlösung im Sinne der paradiesischen Endzeit-Erwartungen eines *Bebel* rechtfertigten: „Je heißer die Liebe zur Menschheit ist, je glänzender das Glück der Erde ist, das man erhofft und erstrebt, desto leidenschaftlicher ist der Haß gegen die Menschen, die dem allgemeinen Menschenglück entgegenstehen.“⁵⁶ Wer kann dabei nicht den bundesdeutschen „Kampf gegen Rechts“ erkennen, der die „Rechten“ dafür verantwortlich macht, daß sich die sozialistischen Wunschvorstellung, die doch nur das Gute wollen, nunmehr in Form einer Bunt-Republik einfach nicht einstellen wollen? Dies kann doch nur auf die Bösartigkeit von „Rechts“ zurückzuführen sein, nicht wahr?

Der Unterschied zwischen klassischer SPD und Linksextremisten ist daher kein prinzipieller, sondern ein methodischer. Bei rechtsstaatlicher Betrachtungsweise, wonach den Staatsorganen nur Handlungen und nicht Überzeugungen der Bürger zu interessieren haben, müßte dieser Unterschied rechtlich allein maßgebend sein, was sich im Ergebnis dann doch zugunsten der SPD auswirkt. Bei der ideologiestaatlichen Methodik des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ spielt dieser Unterschied allerdings keine so große Rolle, weil im Interesse des weit vorbeugenden Demokratieschutzes unterstellt wird, daß bei politisch günstigen Umständen aufgrund der verfassungsfeindlichen Einstellung, nämlich der mit Haßkreation einhergehenden Gutmenschenattitüde, doch zu den undemokratischen Methoden gegriffen würde. Bei Betrachtung der Geschichte der Sozialdemokratie im weiteren Sinne könnte sich die dadurch zum Ausdruck gebrachte amtliche bundesdeutsche Verdächtigungspolitik, die sich allerdings nicht gegen die bundesdeutsche SPD richtet, ist sie doch weitgehend Instrument der SPD (und dürfte bald eines der Ex-SED werden), insofern bestätigt sehen, als immer wieder das Bedürfnis der Genossen aufgetreten ist, zu den geistig linksextremen Wurzeln zurückzukehren, doch wieder zur „Arbeitereinheit“ zusammenzufinden, Aktionsbündnisse wie „Volksfront“ zu schmieden und (SED-SPD) „Dialogpapiere“⁵⁷ zu errichten, womit nicht zuletzt der gemeinsame historisch-ideologische Ausgangspunkt von SPD und Linksextremismus bekräftigt wird. Die Abgrenzung zwischen SPD und Linksextremismus ist nach erbitterten Kampfphasen, in denen man sich gegenseitig unter Faschismus-Verdacht stellt, immer wieder der sich jeweils akzelerierenden Erosion ausgesetzt, wobei die SPD dann nicht davor zurückschreckt, ihre eigenen von Kommunisten verfolgten Genossen zu verraten,⁵⁸ um neue Bündnisse mit Linksextremisten zu schmieden, was im Falle der (sozialdemokratischen) VS-Politik „gegen rechts“ völlig ausreichend wäre, den Extremismus-Vorwurf zu erstrecken:

Wer mit Extremisten Bündnisse schmiedet, ist selbst Extremist, womit bei einer rechtsstaatlich gebotenen objektiven Handhabung selbstverständlich die SPD im VS-Bericht zu erfassen wäre: Zumindest wenn die VS-Berichterstattungsmethodik nicht geändert wird, was aber nicht getan wird, weil sonst kein amtlicher „Kampf gegen rechts“ vermittelt der Inlandsgeheimdienste zu führen wäre.

⁵⁵ So *Curt Geyer*, *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, 1923, S. 38.

⁵⁶ So *Freund*, zitiert bei *Helmut Schelsky*, *Die Arbeit tun die anderen*, 1977, S. 120.

⁵⁷ S. zum SED-SPD-Dialogpapier: **Sozialdemokratischer Dialog mit totalitärem Linksextremismus (SPD-SED-Papier): Zur Bewertung der Dialogverweigerung mit Rechts-Opposition**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Dialogverweigerung-mit-Rechts-Opposition.pdf>

⁵⁸ S. dazu den Sammelband von *Konrad Löw* (Hrsg.), *Verratene Treue. Die SPD und die Opfer des Kommunismus*, 1994.

Dabei müßte es sich aus der Perspektive des „Verfassungsschutzes“ auch noch als zweifelhaft darstellen, ob die Rückkehr von (ehemaligen?) Linksextremisten, wie des Ex-Komintern-Agenten *Herbert Wehner*⁵⁹ zur SPD genuiner und nicht bloß taktischer Natur ist, was sich dadurch erklärt, daß zum jeweiligen Zeitpunkt der Radikalismus gerade geringere Erfolgsaussichten hatte als der (in diesem Fall: gute) „Revisionismus“. Dies stellt gerade im Hinblick auf die SPD ein gewichtiges Problem dar: „Als die SPD 1966 in die Bundesregierung eintrat, stammte nur ein Minister aus der SPD-Tradition, während der Rest aus allen möglichen, wenn auch im weiten Sinne sozialistischen Strömungen kam (KPD, SAPD, NSDAP, Ahlener CDU).“⁶⁰ Offensichtlich benötigt die SPD aufgrund ihres noch fortwirkenden Attentismus, der letztlich Politikunfähigkeit mangels genuiner SPD-Anliegen belegt, linksextreme Impulse seitens der Renegaten oder auch der (Ex-?)Marxisten („Jusos“) aus den eigenen Reihen, d.h. vor allem deren größere Diffamierungskompetenz, Sozialdemagogie und dergl., um wenigstens Wahlkämpfe wirksam bestreiten zu können, wozu die wackere Mehrheit der rechtschaffenen normalen SPD-Mitglieder und Kandidaten anscheinend nicht in der Lage oder willens ist.

Und in der Tat könnte man sagen, daß eine Person, die die Lubjanka überlebte, auch gelernt hat, wie Politik im 20. Jahrhundert gemacht wurde, was sicherlich für den Posten eines bundesdeutschen Ministers und SPD-Fraktionsvorsitzenden qualifiziert. Aus dieser Position kann man parlamentarische Opposition als „Verbrecher“, „Strolche“, „Drecksäcke“, „Quatschköpfe“, „Schweine“ und ähnlichem spätbolschewistischen Hetzvokabular bekämpfen und parlamentarische Opposition delegitimieren: Im Falle von rechts würden „die Sozis“ bei derartigem Vokabular sofort nach Diktatur, also nach dem Parteiverbot schreien! Die „VS“-Frage ist dann, wer da eigentlich wen (re-)sozialisiert, die SPD die Renegaten oder diese die SPD? Man könnte ja vermuten, daß ein wirklicher sozialistischer Konvertit eher bei der CDU oder FDP landet als bei der SPD. In der Tat ist es umgekehrt nach der moralischen Weltordnung der SPD geboten, daß ein ehemaliger Nazi nicht bei einer Rechtspartei landet, weil dies verbotsbegründend („Ersatzorganisation“) ist und auch nicht bei der CDU, weil dies „Kontinuitäten“ sichtbar macht, sondern eben bei der SPD um Erlösung nachsucht. Dementsprechend wurde zwar der CDU-Kanzler *Kurt Kiesinger* (NSDAP, CDU), nicht jedoch der SPD-Minister *Karl Schiller* (NSDAP, SPD)⁶¹ antifaschistisch geohrfeigt: dieser wurde lediglich von ES-PE-DE-Propagandisten *Günther Grass*⁶² etwas behelligt und konnte ansonsten geschichtspolitisch völlig unbehelligt zum sozialdemokratischen Superminister⁶³ aufsteigen.

Für die erlösende Zuflucht zur SPD, wo einem die NS-Vergangenheit nicht verbotsbegründend vorgeworfen wird, steht neben *Karl Schiller* etwa der Ex-Nazi⁶⁴ *Carlo Schmid*,⁶⁵ der sich in der NS-Akademie für Deutsches Recht für *Hitlers* Endsieg und gegen die Haager Landkriegsordnung ausgesprochen hatte, aber nur bei der SPD zum „großen Parlamentarier“⁶⁶ aufsteigen konnte als der er dann (sich selbst reinwaschend) von „Verblendung und moralischer

⁵⁹ S. dazu das maßgebliche Buch von *Hans Frederik*, Gezeichnet vom Zwielficht seiner Zeit, 1972, das durch jüngste Erkenntnisse über *Wehner* sicherlich eher bestätigt als widerlegt wird.

⁶⁰ So v. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 116.

⁶¹ S. dazu den 7. Teil der Sozialismusbewältigung: **NS-Fortwirkungen im bundesdeutschen Sozialdemokratismus: Sozialstaatliche Demokratieverformung und Kampf gegen Rechts** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-7.pdf>

⁶² S. https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnter_Grass

⁶³ S. (S. 46 ff.) zu *Karl Schiller*: Adolfs und Willys Wirtschaftspolitik. Gescheiterte sozialdemokratische Konzepte: [file:///D:/Downloads/ef086-screen%20\(8\).pdf](file:///D:/Downloads/ef086-screen%20(8).pdf)

⁶⁴ S. dazu *Kurt Ziesel*, Der deutsche Selbstmord. Diktatur der Meinungsmacher, 1965, S. 290 f.

⁶⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Carlo_Schmid

⁶⁶ S. die Lobrede seines Schülers *Wilhelm Hennis*, Auf dem Weg in den Parteienstaat, 1998, S. 142 ff.

und politischer Blindheit“ der 17 Mio. NSDAP-Wähler von 1933 sprechen durfte, die die Ermordung von 6 Mio. Juden möglich gemacht habe. Über seine eigene Haltung und was diese wohl möglich gemacht hatte (zu dessen Gunsten ja etwas angeführt werden kann, was allerdings bei Nicht-SPDlern nicht zugestanden wird), brauchte er als moralisch befreiter SPD-Politiker und „Demokrat“ dann nicht zu rasonieren. Zur Erreichung des linken Integrationsziels, bei dem seitens des Linksextremismus auf das Selbstverständnis der SPD, die „eigentlichen Demokraten“ Deutschlands zu sein, Rücksicht genommen werden muß, ist dann das Element, das der bundesdeutsche - d.h. überwiegend sozialdemokratische - „VS“ bei nicht-linken Gegnern als (historische) „Relativierung“ ansieht, jeweils von entscheidender Bedeutung (gewesen).

Um noch zur Zeit des Kalten Krieges trotz der Erfahrung des mörderischen kommunistischen Totalitarismus⁶⁷ Volksfrontbündnisse in West-Europa zu rechtfertigen, wurden ganze Bibliotheken⁶⁸ voll geschrieben, die erklärten, daß sich die „bedauerlichen Vorfälle“ etwa auf die russische Tradition, wie deren „halbasiatischen Charakter“ (*Rudi Dutschke*) zurückführen ließen, so daß derartiges bei einem „Euro-Kommunismus“ nicht zu erwarten sei. Gegenüber dieser nun wirklich widerlichen „Relativierung“ ist nur darauf⁶⁹ hinzuweisen, daß in den letzten 90 Jahren der Zarenherrschaft 6 321 bei grundsätzlich akzeptablen rechtsstaatlichen Standards im Zusammenhang mit der politischen Ordnung stehende Todesurteile ausgesprochen worden sind (die großteils nicht vollstreckt wurden), während es in der Sowjetunion innerhalb von zwei Monaten 10 000 bis 15 000 rechtsstaatliche Standards von vornherein negierende standrechtliche Hinrichtungen gegeben hat, um die vorsätzlich politisch induzierten Massenhungersnöte und Tötungen des Sozialismus⁷⁰ nur zu streifen. Dies hat nun wirklich nichts mit „Asien“ zu tun, sondern vielmehr mit dem sich radikalierenden Import des in und durch die SPD und mit ihr zur Entfaltung gebrachten westlichen Sozialismus, weshalb die Sowjetunion nicht als „asiatische“, sondern als (neuartige) „okzidentale Despotie“⁷¹ angesprochen werden muß, die sich mit „Demokratie“ als Wertesystem totalitär rechtfertigte. Aber es gibt wohl keine Ausreden, die nicht blöd genug sind, um nicht bei Bedarf zugunsten einer die Integration des Linksextremismus rechtfertigenden SPD-Politik vorgebracht zu werden. So erscheint dann auch die „DDR“ irgendwie als Ausdruck sekundär weiterwirkender asiatischer Produktionsweisen, für die bei der DDR-Diktatur etwa für die „Stasi“ Tätigen - wobei das Augenmerk weniger auf die „inoffiziellen“⁷² als die offiziellen Mitarbeiter, d.h. die Linkspartei es solcher, gerichtet werden müßte - nicht wirklich was können.

SPD: Auch maßgebliche Quelle des „Faschismus“

Derartige geschichtliche „Verdrängungen“ oder „Relativierungen“ wie sie von SPD-Seite, falls politisch passend, bezüglich des Linksextremismus gepflegt werden, werden beim bundesdeutschen „Verfassungsschutz“, allerdings nur in einem anderen Zusammenhang, als

⁶⁷ Der sich selbstverständlich auch gegen die Sozialdemokratie („Verräter“) richten mußte, s. *Laszlo Revesz*, Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa, 1971.

⁶⁸ Am bekanntesten *Karl A Wittfogel*, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, 1977.

⁶⁹ So zu Recht *Nicolas Werth*, in: *Stéphane Courtois* u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus, 2000, S. 92 f.

⁷⁰ S. zuletzt das Buch von *Robert Winter*, Massenmord unter dem Sowjetstern 1917-1953. Tatorte. Taggeschehen, 2017.

⁷¹ So *Ernst Vollrath*, Die okzidentale Despotie, in: *Der Staat*, 1982, S. 321 ff., wonach die Sowjetunion nur als neuartige Form einer Despotie, nämlich der totalitär-demokratischen des Westens verstanden werden kann; so totalitär wie die Sowjetunion waren asiatische Großreiche nämlich nicht; s. insbesondere zum traditionellen China, auf das sich *Wittfogel* hauptsächlich bezieht, die einzelnen Beiträge bei *Wolfgang Schluchter* (Hg.), Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus. Interpretation und Kritik, 1983.

⁷² Zur Frage der Stasi-Verstrickung des späteren Bundesverkehrsministers *Manfred Stolpe* (SPD), s. den Abschlußbericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses, hgg. von der Heinrich-Böll-Stiftung e. V., 1994.

Ausweis einer „antidemokratischen Haltung“ ausgemacht, die zumindest zur „VS“-Überwachung, „VS“-Beobachtung und „VS“-Berichterstattung führen müsse, wenn nicht gar Demokratie erhaltende Vereins- und Parteiverbote „notwendig“ werden; zumindest muß aber - und sei es nur zur Pflege zivilreligiöser (demokratiereligiöser) Bedürfnisse⁷³ - eine „Verbotdiskussion“ gegen eine unerwünscht um Wählerstimmen mitkonkurrierende Oppositionspartei eingeleitet werden. Gemessen an diesem Erfordernis eines effektiven, d.h. weit vorbeugend nach- und rückwirkenden „Verfassungsschutzes“ müßte die SPD aber nicht nur im Falle der Relativierung des Kommunismus als besonders verdächtig angesehen werden.

Aus dem Kontext der Sozialdemokratie ist nämlich nicht nur der Kommunismus hervorgegangen, sondern auch das Entstehen einer anderen unheilvollen politischen Strömung des 20. Jahrhundert ist wesentlich - wenngleich sicherlich nicht ausschließlich - damit zu erklären, wofür ein politisch unverdächtiges Werk⁷⁴ einen Hinweis gibt: „Hitlers damalige (um 1918, *Anm.*) Annäherung an die regierende SPD ist durch verschiedene Quellen, auch Zeitungsberichte, belegt.“ Zuletzt sind in dem Werk⁷⁵ von *Reuth* die Belege aufgeführt, wie etwa die Aussage des Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, *Auer* (SPD), in der *Münchner Post* von 1923, wonach man *Hitler* für einen Anhänger der (Mehrheits-) Sozialdemokratie gehalten habe, weil auch als solcher zu erkennen geben haben schien. Als den Mann, der *Hitler* wirklich die Ideen gegeben hat, kann man wohl am plausibelsten den SPD-Sympathisanten *Josef Ludwig Reimer*⁷⁶ identifizieren, der in seinem Werk „Ein pangermanisches Deutschland“⁷⁷ eine „pangermanische Sozialdemokratie“ anstrebte, eine rassenideologische Beschränkung auf die Arbeiter germanischer Abstammung. *Reimer*, über den kaum biographische Angaben existieren, gehörte zum Umfeld des Arztes *Ludwig Woltmann* (1871-1907),⁷⁸ der mit seinen 1899 und 1900 erschienen Werken dazu beitrug, die scheinbare Vereinbarkeit von Sozialismus und Darwinismus darzulegen und dabei als Mitstreiter des „Revisionisten“ *Bernstein* in Erscheinung getreten war. Seine vorübergehende, durchaus originelle Verknüpfung von Marxismus und Darwinismus konnte allerdings nur auf der Grundlage einer Lehre vorgenommen werden, die den nachfolgenden Übergang zur Rassentheorie wohl unvermeidlich machte, die *Woltmann* mit dem sozialistischen Klassenkampfkonzept wie folgt in Einklang brachte: „Wir sehen in den modernen Klassenkämpfen das Ringen der im Arbeiterstand vorhandenen germanischen Schichten nach Selbständigkeit und Freiheit.“ Dieser Ansatz bereitete die Beschränkung von *Reimer* auf die Arbeiterklasse germanischer Abstammung zur Verwirklichung des Sozialismus als pangermanisches Deutschland vor, wodurch sich gewissermaßen wie von selbst begrifflich die Bezeichnung „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ ergab, die damit nicht nur begrifflich, sondern ideologisch zwingend mit den maßgeblichen weltanschaulich-politischen Inhalten, die ihr berechtigter Weise zum Vorwurf gemacht werden müssen, in die sozialistische (sozialdemokratische) Ideenströmung einzuordnen ist.

⁷³ S. dazu den Beitrag von *Uwe Volkmann*, Feind und Freund, in: *FAZ* vom 1.12.2011, S. 7.

⁷⁴ S. Ausstellungskatalog des Stadtmuseums München, „Hauptstadt der Bewegung“, 1993, S. 71; s. dazu nunmehr den 5. Beitrag zur Sozialismusbewältigung: **SPD-Sympathisant Adolf Hitler. Die sozialdemokratischen Wurzeln der nationalsozialistischen Ideologie**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-5.pdf>

⁷⁵ s. *Ralf Georg Reuth*: Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit, 2009; s. dazu den Beitrag des Verfassers über den „Sozialdemokraten Adolf Hitler“:

<http://ef-magazin.de/2009/05/01/1164-vergangenheitsbewaeltigung-sozialdemokrat-adolf-hitler>

⁷⁶ Der entsprechende nichtssagende Wikipedia-Eintrag spricht Bände über eine völlig unzureichende Vergangenheitsbewältigung: https://en.wikipedia.org/wiki/Josef_Ludwig_Reimer

⁷⁷ S. dazu den Beitrag des Verfassers:

<http://ef-magazin.de/2009/06/26/1305-josef-ludwig-reimer-der-spd-sympathisant-der-hitler-die-ideen-gab>

⁷⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Woltmann ebenfalls unzulängliche Vergangenheitsbewältigung anzeigend.

Bei der sich dabei wohl wie von selbst aufdrängenden Fragestellung betreiben die SPD-Ideologen im Interesse der Aufrechterhaltung der durch eine einseitige staatsideologische „Bewältigung“ „gegen Rechts“ errungenen „moralischen“ Vorrangstellung, die auch als (ideologische) „Verfassung“ vom SPD-geführten Inlandsgeheimdiensten „geschützt“ wird, folgende Verdrängungs-Strategie gegenüber konkurrierende politisch-weltanschauliche Strömungen, die von den SPD-Ideologieexperten im antipluralistischen (verfassungsfeindlichen) „Kampf gegen Rechts“ jederzeit unter Faschismus-Verdacht gestellt werden: „Für die SPD gehören auch die Meinungen, 'die nicht davor zurückschrecken, den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken' zur Grauzone demokratiebedrohender Mentalitäten.“⁷⁹ Diese vom SPD-„VS“ auch amtlich getätigte Verdächtigungsstrategie kann jedoch nicht die Tatsache verdrängen, daß *Hitler* sich mit seiner „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ schon begrifflich bewußt in die sozialistische Tradition eingeordnet hat, die selbst Ausgangspunkt der Bildung⁸⁰ der SPD gewesen ist, welche einst als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ firmiert hatte.

Die Ideenströmung des Sozialismus, Verknüpfung der Fortschritts- und Gleichheitsidee, stellt eine Spätfolge der Französischen Revolution dar. Sozialismus ist durch weitreichende staatliche Maßnahmen zu verwirklichen, da der freie wirtschaftliche Prozeß, d.h. Kapitalismus Ungleichheit / Ausbeutung erzeuge. Die Annahme, daß der auf Kapitalismus basierende Parlamentarismus den Volkswillen verfälsche, legt die demokratisch legitimierte Diktatur als Herrschaftsform nahe, wie sie innerhalb der SPD u. a. mit der kultischen Verehrung von *Lassalle*⁸¹ aber auch von *Bebel* als Möglichkeit aufgeschienen ist. Als Folge des sog. Revisionismusstreits, der durch die Erkenntnis ausgelöst worden ist, daß der Untergang des Kapitalismus entgegen der marxistischen Parteiideologie keine Naturnotwendigkeit sei, hat sich langfristig eine widerspruchsvolle (Wieder-)Annäherung der Sozialdemokratie an den Linkliberalismus und damit an den bürgerlichen Verfassungsstaat ergeben, während sich die sozialdemokratische *Bebel*-Orthodoxie im Leninismus radikalieren sollte. Neben diesem Rechtsrevisionismus eines *Bernstein* oder *Jaurès* gab es aber auch einen vielschichtigen Linksrevisionismus,⁸² der im Ergebnis auf die Ersetzung des Proletariats durch die Nation als Agens des Fortschritts hinauslief, wobei der konzeptionelle Übergang vom Sozialismus zum Faschismus / Nationalsozialismus schon vor dem 1. Weltkrieg durch die Übertragung des marxistischen Klassenkampfkonzepts auf die internationale Ebene⁸³ bewerkstelligt wurde. In Deutschland kann dies etwa den Kriegsschriften des SPD-Propagandisten MdR *Paul Lensch*⁸⁴ entnommen werden, wengleich sich die direkte Kontinuität über die *Ceskoslovenská strana narodne-socialistická* ergibt, die wohl erste Partei, die sich ausdrücklich „nationalsozialistisch“ nannte und sich 1897 in der österreichisch-ungarischen Monarchie in Folge der

⁷⁹ S. *Christiane Hubo*, Verfassungsschutz des Staates durch geistig-politische Auseinandersetzung, 1998, S. 96.

⁸⁰ S. zur Einordnung des Nationalsozialismus in die sozialistische (sozialdemokratische) Strömung auch den schon genannten 5. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung:

<https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-5>

⁸¹ Zum SPD-Gründer *Lassalle* als Vorläufer des Nationalsozialismus, s. (auf S. 48 ff.): Sozialismus als deutsche Weltherrschaft: Wiederkehr der verdrängten Lehren Lassalles [file:///D:/Downloads/ef079-screen%20\(2\).pdf](file:///D:/Downloads/ef079-screen%20(2).pdf)

⁸² S. dazu zusammenfassend *Zeev Sternhell*: Ne Droite ne Gauche. L'idéologie fasciste en France, 1978.

⁸³ S. dazu den 4. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung **Weltkrieg als Weltrevolution - vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus.**

<https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-4>

⁸⁴ S. etwa *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg* von 1915 und *Drei Jahre Weltrevolution* von 1917; *Lensch* ist zwar bei *R. P. Sieferle*, Die Konservative Revolution, 1995, S. 45 ff. als Vertreter der genannten Richtung aufgeführt, es wäre aber geboten, ihn als sozialdemokratischen Vorläufer des Nationalsozialismus zu kennzeichnen; zu der von diesem vertretenen Richtung, s. auch *A. Ascher*, 'Radical' Imperialists within German Social Democracy 1912 - 1918, in: *Political Science Quarterly*, 1976, S. 555 ff.; s.:

<http://www.jf-archiv.de/archiv98/058aa17.htm> s. auch den einigermaßen akzeptablen Wikipedia-Eintrag http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lensch

Volkstumskonflikte von der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie abgespalten hatte. Auf sudetendeutscher Seite führte dies spiegelgleich zur *Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei* (DNSAP), die wiederum den direkten Ausgangspunkt⁸⁵ der nach dem 1. Weltkrieg gegründeten NSDAP markiert. DNSAP-Führer *Rudolf Jung*⁸⁶ überzeugte *Hitler*, anstelle des von ihm geplanten Begriffs „sozialrevolutionär“ bei „nationalsozialistisch“ zu bleiben.

Der vielschichtige Linksrevisionismus, dem sich *Joseph Goebbels* ausdrücklich⁸⁷ zugeordnet hat, betonte die Aspekte des Frühsozialismus, welche die marxistische Orthodoxie und der Rechtsrevisionismus innerhalb der Sozialdemokratie in den Hintergrund drängen wollten wie etwa den sozialistischen Antisemitismus, in dessen Tradition sich wiederum *Goebbels* sah: „Wenn ich sozialistisch denke, muß ich Antisemit sein. Denn der Jude ist die Inkarnation des Kapitalismus“.⁸⁸ Insbesondere der französische Frühsozialismus⁸⁹ hatte nämlich den zu überwindenden Kapitalismus mit dem Judentum gleichgesetzt, so daß nachvollziehbar wird, wieso die Verwirklichung des Sozialismus als Antikapitalismus konzeptionell auf die Beseitigung des Judentums hinauslaufen mußte. Obwohl der Marxismus speziell unter jüdischstämmigen Intellektuellen großen Anklang fand, sollte er diese ursprüngliche antisemitische Tradition des Sozialismus nie wirklich bewältigen, die in Deutschland einst von *Eugen Dühring*⁹⁰ besonders radikal vertreten worden ist, der in der Berliner SPD eine große Anhängerschaft hatte und mit *Marx* als Parteitheoretiker auf eine Stufe gestellt worden war. Dies führte zum Neidausbruch *Engels*, der mit seinem *Anti-Dühring* den „wissenschaftlichen“ Sozialismus in die Welt setzte, dabei aber mit seinem Utopismus („Absterben des Staates“) *Dühring*⁹¹ wenig Sinnvolles entgegensetzen konnte. Er zog es daher vor, *Dühring ad personam* zu bekämpfen, indem er dessen Antisemitismus angriff, wozu *Engels* selbst immerhin die Konversion⁹² vom Antisemiten zum Anti-Antisemiten vollziehen mußte. Da *Dühring* aufgrund dieses Wegpöbelns von der SPD wegen „Majestätsbeleidigung“, d.h. Kritik an *Marx* „von links“,⁹³ seinen Antisemitismus auch gegen die SPD selbst richtete, begann diese den Antisemitismus zu bekämpfen, den man vorher (und teilweise noch weiterhin) als revolutionäres Ferment und als Vorstufe zum Sozialismus angesehen hatte; denn letztlich stellte auf *Marx* selbst und seine Judenschrift zurückgehend der Marxismus eine Theorie dar, welche die Endstufe des Menschheitsfortschritts als Überwindung, ja als „Das Ende des Judentums“⁹⁴ ausgab. Sicherlich wurde dies vom SPD-Chefideologen *Kautsky* als Assimilierungsvorgang verstanden, der das mit dem Judentum verbundene „Mittelalter“ auslöschen würde. Jedoch macht schon die berühmte, von *Lenin* häufig zitierte Aussage des SPD-Führers *Bebel*, wonach

⁸⁵ S. dazu *Georg Franz-Willing*, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, 1974, insbes. S. 137 ff.; s. auch den Leserbrief von *Friedebert Volk*, Die auswärtigen nationalsozialistischen Vorläufer, in: *FAZ* vom 30.03.1999.

⁸⁶ S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Jung_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Jung_(Politiker))

⁸⁷ So am 06.12.1931 im *Angriff*: „Der Idee der NSDAP entsprechend sind wir die deutsche Linke! Nichts ist uns verhaßter als der rechtsstehende nationale Besitzbürgerblock“, zitiert bei *W. Venohr*, Stauffenberg. Symbol der deutschen Einheit, 1990, S. 80; s. dort auch die zeitgenössische Aussage des späteren *Willy Brandt*: „Das sozialistische Element im Nationalsozialismus ... muß von uns erkannt werden“.

⁸⁸ S. Nachweis bei *U. Höver*, Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, 1992, S. 154.

⁸⁹ Dazu umfassend: *Edmund Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage, 1962, zu den besonders antisemitischen französischen Sozialisten, S. 17-98; sowie *derselbe*, The Antisemitic Tradition in Modern Socialism, 1957.

⁹⁰ S. dazu den Beitrag von *Dieter Dowe / Klaus Tenfelde*, Zur Rezeption Eugen Dührings in der deutschen Arbeiterbewegung in den 1870er Jahren, in: Wissenschaftlicher Sozialismus und Arbeiterbewegung, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 24, 1979, S. 25 ff.; s. dazu (auf S. 47 ff.) den Beitrag des Verfassers: **Eugen Dühring: Vorläufer Hitlers und Wegbereiter von Godesberg** [file:///D:/Downloads/ef081-screen%20\(4\).pdf](file:///D:/Downloads/ef081-screen%20(4).pdf)

⁹¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_D%C3%BChring

⁹² S. im einzelnen *Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage, S. 157.

⁹³ Die Tatsache, daß der „Faschismus“ von links kommt, ergibt auch die Selbsteinschätzung von *Eugen Dühring*, *Marx* nicht von rechts, sondern von links kritisiert zu haben; s. dazu *E. Bernstein*, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 1907, S. 315.

⁹⁴ So das Schlußkapitel des Buches des *SPD-Chefideologen Karl Kautsky*, Rasse und Judentum, 1914.

der „Antisemitismus“ der „Sozialismus des dummen Kerls“ (nicht aber dessen Nationalismus, Konservatismus oder Liberalismus) sei, den latenten Antisemitismus in der sozialistischen Bewegung⁹⁵ deutlich.

Der Nationalsozialismus erscheint insoweit als explizite Wiederkehr des in der sozialistischen Tradition der Sozialdemokratie gegen Ende des 19. Jahrhunderts Verdrängten und wie gegenüber dem Leninismus, so kam die Sozialdemokratie dann auch gegenüber dem Nationalsozialismus in die Defensive, wenn dieser die Verwirklichung des Sozialismus gewissermaßen direkter angehen und sich nicht des Attentismus befleißigen wollte. Generell kann die Vermutung geäußert werden, daß sich die Sozialdemokratie der Weimarer Zeit deshalb so entschieden vom NS abgegrenzt hat, weil sie erkennen mußte oder zumindest gefühlt hat, daß mit dieser Bewegung das durch die Annäherung an die bürgerliche Demokratie gebotener Maßen Verdrängte der klassischen Sozialdemokratie als parteipolitische Richtung verselbständigt wieder zum Vorschein kam: Die Sozialdemokratie erkannte im Nationalsozialismus Sozialismus-Häretiker, die an Ideologieelementen anknüpften und Forderungen aufgriffen, die der Sozialdemokratie mittlerweile peinlich geworden waren, von denen sie aber wußte, es aber nicht unbedingt zugestehen wollte, daß sie in der eigenen Ideologietradition zu finden waren. Vergleichbar stellte sich der Haß von *Kautsky* gegenüber den Bolschewiken dar, der damit zu erklären ist, daß sich die Kommunisten sehr wohl zu Recht auf *Marx* beriefen, nur wollte er sich dies nicht zugestehen:

„Mit Lassalles Demokratiebegriff zeichnen sich die Möglichkeiten ab, an denen die Demokratie im 20. Jahrhundert scheiterte. Der Nationalsozialismus benutzte die Demokratie der Weimarer Republik zu eben den gleichen Zwecken, wie sie Lassalle seiner Demokratievorstellung unterschob. Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen oder als List der Vernunft, daß der Lassallesche Demokratiebegriff in der deutschen Sozialdemokratie als Hinwendung zum Staat interpretiert wurde, daß die Sozialdemokratie auf Grund eben dieser Haltung die totalitäre Tendenz des ursprünglichen Lassalleschen Begriffs (in der nationalsozialistischen Ideologie) bekämpfte.“⁹⁶ Es handelt sich bei der Auseinandersetzung zwischen SPD und NSDAP (und KPD) im Kern letztlich um eine innersozialistische Auseinandersetzung! Trotz der entschiedenen Gegnerschaft, die etwa der spätere bundesdeutsche SPD-Vorsitzende *Kurt Schumacher*⁹⁷ genuiner Weise gegen den Nationalsozialismus an die Tag legte, macht dessen lange währender Versuch, die Publikation seiner mit *magna cum laude* bewerteten Doktorarbeit „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“ zu verhindern,⁹⁸ die Erkenntnis deutlich, daß sie weitgehend mit Grundpositionen identisch war, bei denen eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus schon deshalb nicht zu verkennen war, weil sich sein Doktorvater *Plenge* schließlich selbst als theoretischer Vorläufer des Nationalsozialismus sehen wollte, wie in seinem brieflichen Austausch mit *Werner Sombart* vom 24.09.1933 nachzuweisen⁹⁹ ist. Dieser wiederum war noch vom alten *Engels* als „etwas eklektischer Marxist“ eingeordnet worden, erschien dabei lange als der mögliche künftige Chefideologe der Sozialdemokratie. *Sombart* glaubte um 1933 dann, ebenfalls Anspruch auf die „Vaterschaft“ des Nationalsozialismus erheben zu können, wengleich der offizielle Nationalsozialismus, der diesen allein dem Genie des „Führers“ entsprungen sehen wollte, diese Vaterschaft nicht

⁹⁵ S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus <https://links-enttarnt.de/kritik-des-parteeverbotssurrogats-teil-6>

⁹⁶ So die Zusammenfassung bei *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964, S. 85.

⁹⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Schumacher

⁹⁸ S. *Dieter Krüger*, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland, 1983, S. 230 f.

⁹⁹ S. ebenda, S. 240; sowie:

<https://ef-magazin.de/2008/05/04/bewaltigung-der-sozialismus-des-nationalsozialismus>

anerkennen wollte: Diese Haltung des NS kommt ja noch heute der Reputation der SPD zugute, zumal es dieser erfolgreich gelungen ist, zu verdrängen und zu relativieren!

Was nun den NS-Antisemitismus und dessen Einordnung in die Tradition der klassischen Sozialdemokratie anbelangt, ist festzuhalten, daß der Marxismus zwar den Rassenantisemitismus abgelehnt hat, wie dies aber auch der Radikalantsemit *Goebbels* tat, der die „rassentheoretische Begründung des Antisemitismus“ als „Rassenfimmel“ verspottete. Rassistische Tendenzen waren aber der sozialistischen Strömung, unter Einschluß der Sowjetvariante,¹⁰⁰ nicht wesensfremd, zumal Rassismus der Gleichheitsidee als solcher¹⁰¹ nicht entgegenstehen muß (Gleichheit erzwingt begriffsnotwendig die Definition des Ungleichen): „Sozialismus und Eugenik (gewissermaßen der praktische Zweig der „Rassenlehre“,¹⁰² *Anm.*) waren von Natur aus keine gegensätzlichen Konzepte, so wie auch Sozialismus und Rassismus von Zeit zu Zeit zusammengehörten“,¹⁰³ eine Einschätzung, die dabei auch die übliche apodiktische Auffassung¹⁰⁴ widerlegt, daß „schon die rassistische Komponente seiner Weltanschauung“ einer Zuordnung etwa *Hitlers* zur politischen Linken entgegenstünde. Dieser Komplex führt zur wohl größten ideologischen Gemeinsamkeit von klassischer Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, nämlich zur Eugenik,¹⁰⁵ die zum wesentlichen SPD-Anliegen¹⁰⁶ werden sollte und zwar etwa ab 1900, als der Darwinismus als Variante des Marxismus verstanden wurde, bis in die 1930er Jahre, als die Sopade (Exil-SPD) an der Erbgesundheitspolitik der NS-Regierung lediglich zu kritisieren fand, daß sie nicht konsequent genug sei, weil sie „asoziale Großfamilien“ begünstigen würde, während an den Eheverboten „gegen Minderwertige“ nicht auszusetzen wäre. Die sozialdemokratische Argumentationsweise¹⁰⁷ kann wie folgt zusammengefaßt werden: Der von Menschen herbeigeführte, nicht mehr als naturwüchsig anzusehende industrielle Fortschritt vermindere die Wirkung der natürlichen Selektionsmechanismen. Deshalb müsse der Staat bei der natürlichen Zuchtwahl tätig werden (SPD-Chefideologe *Kautsky*),¹⁰⁸ um die „minderwertigen Individuen durch Maßnahmen der Geburtenprävention an der Erzeugung von unerwünschten Nachkommen zu hindern (SPD-Chefeugeniker *Alfred Grotjahn*). Im Sozialismus werde es dann leicht sein, durch staatliche Maßnahmen Rassenhygiene zu betreiben (*Karl Pearson*), dabei sei diese gerade im Sozialismus erforderlich, weil durch den Ausbau der Sozialfürsorge die Rassendegeneration eher beschleunigt würde (*Eden Paul*). Nur eine „eugenische Religion“

¹⁰⁰ S. dazu etwa *Loren R. Graham*, *Science and Values: The Eugenic Movement in Germany and Russia in the 1920s*, in: *American History Review* 1977, S. 1133 ff., wo auch dargelegt wird, daß man ab den 30ern eine unterschiedliche Richtung einschlug; in der Sowjetunion begann man Lamarckismus (Lehre von der Vererbung sozial erworbener Fähigkeiten) und Marxismus gleichzusetzen, was vorher nicht der Fall war; s. S. 1157.

¹⁰¹ Bei der Anwendung des Gleichheitssatzes kommt es wesentlich auf das Differenzierungskriterium an: Wenn etwa mit Art. 3 Abs. 3 GG „Rasse“ als Anknüpfungsgesichtspunkt verboten ist, dann ist Rassismus gegen die Gleichheit gerichtet, andernfalls kann „Rasse“ - ein Fortschrittskriterium! - als zulässiges Kriterium angesehen werden, d.h. man kann dann Rassist (Antisemit) und gleichzeitig an die Gleichheit glaubender Sozialist sein.

¹⁰² S. dazu umfassend *Michael Freedon*, *Eugenics and progressive Thought: A Study in Ideological Affinity*, in: *The Historical Journal* 1979, S. 645 ff.;

¹⁰³ S. *George L. Mosse*, *Die Geschichte des Rassismus in Europa*, 1990, S. 85.

¹⁰⁴ So diejenige von *Zitelmann*, *Hitler-Selbstverständnis eines Revolutionärs*, 1990, S. 462.

¹⁰⁵ S. *Michael Schwartz*, 'Proletarier' und 'Lumpen' - Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1994, S. 537 ff.; im übrigen ist der geistige Urheber des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses der SPD-Chefeugeniker *Grotjahn*: „eine an der wissenschaftlichen Eugenik orientierte sozialistische Bevölkerungspolitik könnte wesentlich dazu beitragen, den deutschen Sozialismus ganz allgemein mit jenem starken nationalen Verantwortungsgefühl zu sättigen, das ... die Erhaltung des Reiches ermöglicht hat“ (1926); zum sozialdemokratischen Sozialdarwinismus, s. auch (auf S. 16 ff.): *Sozialstaatsgeschichte: Vom Lumpenproletariat zum Prekariat* [file:///D:/Downloads/ef067-screen%20\(3\).pdf](file:///D:/Downloads/ef067-screen%20(3).pdf)

¹⁰⁶ S. zu diesem Komplex die jüngste Veröffentlichung von *Alberto Spektorowski*, *The Eugenic Temptation in Socialism: Sweden, Germany, and the Soviet Union*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 2004.

¹⁰⁷ Nachweise finden sich insbesondere bei *Schwartz*; ansonsten bei *Freedon* und *Graham* wie angegeben.

¹⁰⁸ S. *Karl Kautsky*, *Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft*, 1910, S. 262 ff.

könne dann die Zivilisation noch retten, ja die „Sozialisierung der selektiven Zuchtwahl“ sei dann der einzig „grundlegende und mögliche Sozialismus“ (*G. B. Shaw*). Dieser würde nicht nur den „neuen Menschen“ schaffen, sondern Eugenik als „sozialistisches Kampfmittel“ müsse den sozialismusfähigen Menschen erst herbeiselektieren, so SPD- und danach NSDAP-Eugeniker und schließlich BRD-Anthropologe *Karl Valentin Müller*.¹⁰⁹ Zum Zwecke der künstlichen Befruchtung müsse das Zellplasma sozialisiert werden (*H. Brewer*), um jedem das Recht zu geben, bester Abstammung zu sein (*Julian Huxley*). Es wird dann antisozial, Eheschließungen als Privatangelegenheit anzusehen; die Zeit komme, wo die Gesellschaft die Erzeugung eines Schwächlings als Verbrechen gegen sich selbst ansehen würde (*Harald Laski*, Labour-Chefideologe).

Die sozialdemokratischen Lebensreformer haben diesen Ideologiekomplex in ihrer „Volksgesundheit“ unter dem Titel „Hat der Mensch ein Recht auf Fortpflanzung? Die Unfruchtbarmachung der geistig Minderwertigen“ Anfang 1933 mit dem Bekenntnis radikalisiert: „Das Recht des Menschen auf sein Leben ist ein bedingtes. Soweit er die naturwissenschaftlichen Bedingungen nicht erfüllt, muß er unter den Folgen seiner Fehler leiden. Die Natur kennt keine Sündenvergebung.“ *H.G. Wells*¹¹⁰ hatte schon vorausgesehen, daß in der (sozialistischen) Zukunftsgesellschaft das Recht Unheilbarer und Alkoholiker nur unter dem Vorbehalt toleriert würde, daß sie sich nicht vorpflanzten, weil andernfalls diese Gesellschaft nicht vor Tötung zurückschrecken könnte. Wohl eher, aufgrund des erforderlichen, aber noch nicht eingetretenen Mentalitätswechsels, auf die sozialistische Zukunftsgesellschaft wurde die staatlich angeordnete Euthanasie verschoben beim maßgeblichen SPÖ-Sozialmediziner der Zwischenkriegszeit *Julius Tandler*: „Welchen Aufwand übrigens die Staaten für vollkommen lebensunwertes Leben leisten müssen, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, dass die 30 000 Vollidioten Deutschlands diesem Staat 2 Milliarden Friedensmark kosten. Bei der Kenntnis solcher Zahlen gewinnt das Problem der Vernichtung lebensunwerten Lebens im Interesse der Erhaltung lebenswerten Lebens an Aktualität und Bedeutung. Gewiß, es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch die Idee, dass man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewusstsein dringen. *Denn heute vernichten wir vielfach lebenswertes Leben um lebensunwertes zu erhalten.*“¹¹¹

In Deutschland wurde - neben der Zwangsabtreibung „von Amts wegen bei Idioten, um den biologischen Abfall jeder Generation auf ein Mindestmaß zu reduzieren“ - die Euthanasie von der entschiedenen SPD-Sozialhygienikerin *Oda Olberg*¹¹² befürwortet: „Doch als ‚Mutter‘ sieht sie den drohenden Konflikt. Denn die ‚Mutterliebe‘, aus der ‚für die Rasse unrationelles Erbarmen sprießt, ist gleichzeitig mit einer für die Rasse notwendigen Funktion verknüpft‘. Korrektur also auch für die ‚Natur‘ der ‚Mutterliebe‘, in welcher der rassenhygienische Grundwiderspruch seinen Brennpunkt erfährt. ‚Das triebhafte Erbarmen kann durch klar

¹⁰⁹ S. zu diesem den einigermaßen akzeptablen Wikipedia-Beitrag: http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Valentin_M%C3%BCller

¹¹⁰ S. Anticipation of the reaction of mechanical and scientific progress upon human life and thought, Leipzig 1902, S. 270.

¹¹¹ S. *Julius Tandler*, Ehe und Bevölkerungspolitik, Wien 1924, S. 17; kursiver Satz ist im Original gesperrt gedruckt und bedeutet: Wenn man schon im Krieg im Allgemeininteresse „wertvolles“ Leben opfert, darf man erst recht und dies dann schon im Frieden, „wertloses“ Leben opfern; im dem Zitat nachfolgenden Absatz wird denn die nicht mehr als rational angesehene Einstellung kritisiert, es sich als Humanität anzurechnen, wenn es der Gesellschaft in „sorgsamer Ängstlichkeit“ gelingt, „Idioten“ „ein behagliches Greisenalter zu sichern“! S. zu *Tandler* den entscheidende Fakten verschweigenden Wikipedia-Eintrag: http://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Tandler

¹¹² S. http://de.wikipedia.org/wiki/Oda_Olberg auch hier gilt das zum Tandler-Eintrag gesagte!

sehendes, abwägendes Erbarmen überwunden werden.“¹¹³ Das Ergebnis dieser von maßgeblichen Vertretern der Sozialdemokratie konzipierten staatlichen Selektionsmaßnahmen, das „neue Geschlecht“, hat *Kautsky* wie folgt beschrieben: „... stark und schön und lebensfreudig, wie die Helden der griechischen Heroenzeit wie die germanischen Recken der Völkerwanderung“.¹¹⁴ Obwohl Eugenik („Rassenhygiene“) nicht notwendigerweise Rassismus meinte, so dürfte sich aus ersterer die Plausibilität von letzterem aufdrängen, wie am Beispiel des der SPD nahestehenden Gelehrten *Alfred Ploetz*¹¹⁵ demonstriert¹¹⁶ werden kann, dem es folgerichtig nicht schwer fiel, Anhänger des Nazi-Rassismus zu werden. Die politische Utopie, die von der SPD kultiviert worden ist, hat hierbei zu der wohl naheliegenden Erkenntnis geführt, daß es schon der Menschengeschichte, des „neuen Menschen“ im wörtlichen „darwinistischen“ Sinne bedarf, um so etwas Phantastisches wie Sozialismus verwirklichen zu können:

Auch wenn die SPD-Lebensreformer dabei die Gefahr der staatlichen „Vernichtung von Menschenleben“ als logische Konsequenz erkannten und davor zurückschreckten, sie zu aktuell zu propagieren (sondern im Einzelfall wie bei *Tandler* und *Olberg* auf die sozialistische Zukunft schoben, die für Nationalsozialisten allerdings 1933 anbrechen sollte), sondern statt dessen Zwangssterilisationen vorschlugen, so mußten sie es sich doch gefallen lassen, als „Wegbereiter“ ausgemacht zu werden. Daß bei diesem Ideologiekomplex die Vorstellung einer besonderen rassischen Veranlagung für Sozialismus aufkommen konnte, was zur gleichheitskonformen Unterscheidung von weniger und eher zum Sozialismus geeigneten Völkern¹¹⁷ oder Rassen führen konnte, dürfte dabei ebenfalls nachvollziehbar sein. Schließlich sollte doch Sozialismus, entsprechend der angeführten Andeutung von *Kautsky*, zu einem germanenhaften Zukunftsmenschen führen. Und hatte nicht *Engels*¹¹⁸ davon gesprochen, daß „Völkerabfälle“ (nationale Minderheiten) als Träger der „Kontrevolution“ die Mission hätten, im „revolutionären Weltsturm“, d. h. in der sozialistischen Revolution „unterzugehen“?¹¹⁹ Trotzdem wird er noch von der bundesdeutschen SPD geschätzt!

Ist der Schoß fruchtbar noch?

Neben der Tatsache, daß „Bewältigung“ aus VS-Sicht demokratietheoretisch geboten ist und sich somit die SPD ihrer unheilsschwangeren Ideologie-Geschichte einmal stellen müßte, um bei Anlegen eines derartigen VS-Maßstabes demokratisch ernst genommen werden zu können, ist die entsprechende „Erinnerung“ - zumindest den Maßgaben der bundesdeutschen Dialogkultur und Erinnerungspolitik entsprechend - wohl deshalb erforderlich, weil in noch nicht lange zurückliegender Zeit davon berichtet wurde, daß das, was im amtlichen VS-Deutsch als „rechtsextrem“ bezeichnet wird, tief in den der SPD nahestehenden Gewerkschaften nistet.

¹¹³ S. die Nachweise bei *Doris Byer*, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934, 1988, S. 133; s. im Übrigen den nach Maßgaben der BRD-Ideologiekultur doch verharmlosenden Wikipedia-Beitrag: http://de.wikipedia.org/wiki/Oda_Olberg

¹¹⁴ S. *Kautsky*, Vermehrung, S. 267 im Schlußkapitel „Rassenhygiene“; s. zum „Lumpenproletariat“ als Vorläufer des „Prekariats“: <http://ef-magazin.de/media/assets/pdf/ef067-screen.pdf#page16>

¹¹⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Ploetz

¹¹⁶ So von *Mosse*, a. a. O., S. 99 als Zusammenlaufen von Eugenik und Rassismus gekennzeichnet.

¹¹⁷ S. dazu *J. M. Winter*, The Webbs and the non-white world: a case of socialist racialism, in: *Journal of Contemporary History*, 1974, S. 181; auf S. 191 heißt es: “It may not have been a complete accident then, that Oswald Mosely (der Führer der britischen Faschisten, *Anm.*) emerged not from the Conservative but rather from the Labour Party”.

¹¹⁸ S. *Friedrich Engels*, Der magyarische Kampf, in: *MEW* Bd. 6, S. 172; zur großen Ähnlichkeit der Ansichten von *Engels* und *Goebbels*, s. *Löw*, a. a. O., S. 310 ff.

¹¹⁹ Die Verknüpfung des sozialen Gerechtigkeitsverlangens mit Rassismus ist also tiefergehend angelegt als dies *Götz Aly*, Hitlers Volksstaat. Raum, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 2005, S. 32, mehr beiläufig annimmt.

„Jeder fünfte Gewerkschafter steht rechts“, wie umfassende Untersuchungen in der üblichen hetzerischen Verkürzung¹²⁰ über das „rechtsextremistische Potential“ zusammengefaßt worden sind. Nach der einschlägigen Studie¹²¹ sind 19,1% der gewerkschaftlich Organisierten „rechtsextrem“ orientiert. „Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die die Hälfte aller Mitglieder ausmachen, sind anderthalb Mal so häufig rechtsextrem eingestellt wie Nichtmitglieder aus dieser Schicht“. Dies ist deshalb bedeutsam, weil 43% der Gewerkschaftsfunktionäre dieser Schicht angehören. Insgesamt bedeutet dies bei ca. 7,5 Mio. Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften etwa 1,5 Mio. gewerkschaftliche Rechtsextremisten, was die Mitgliederzahl sämtlicher VS-amtlich als „rechtsextrem“ eingestuftem Parteien weit übertrifft.

Als Erklärung für dieses dann wohl „national-sozialistisch“ zu kennzeichnende Potential wird angeboten, daß der „Neoliberalismus“, eine - so müßte es der „VS“ sehen - antiliberale Hetzvokabel, die sich letztlich gegen die freiheitliche Gesellschaftsordnung richtet, aus Arbeitnehmern soziale und speziell aus Gewerkschaftlern politische Verlierer mache. „Teile dieser Klientel suchten daher Schutz 'durch eine nationalistische und ethnozentrische Politik.“¹²² Die sinnvollste Erklärung dürfte jedoch sein, daß das sozialistische Gleichheitsversprechen nur bei begrenzten Kollektiven¹²³ nachvollziehbar zu realisieren ist, während dieses bezogen auf ein internationales Kollektiv wie „Menschheit“ oder (internationale) „Arbeiterklasse“ doch sehr utopisch bleibt. Mit anderen Worten: Es war schon immer naheliegender, Sozialismus mit Nationalismus, denn mit Internationalismus zu verbinden, so daß sich wie von selbst das Konzept des „nationalen Sozialismus“ ergibt, das folgerichtig die soziale mit der ethnischen Homogenisierung verbindet, die Sozialismus erfahrbarer macht. Dies hatte schon *Hitler* den Sieg seines Sozialismuskonzepts über die konkurrierenden Sozialismen von KPD und SPD¹²⁴ gebracht. Dabei kam dem NS auch ein latenter Antisemitismus innerhalb der Arbeiterschaft, das von der sozialistischen Hauptströmung verdrängte und parteiamtlich, in einer allerdings äußerst ambivalenten Weise¹²⁵ auch bekämpfte Erbe des Frühsozialismus zugute, das wegen seines als revolutionär empfundenen Ansatzes sogar als ein besonderes Motiv für die später häufig zu beobachtenden Übertritte von Kommunisten zur NSDAP auszumachen sein dürfte.¹²⁶ Seine schlüssigste Verwirklichung hat die Konzeption der die Individualrechte verachtenden „sozialen Gerechtigkeit“ demnach nicht im Kommunismus erfahren, sondern im deutschen Nationalsozialismus unter *Hitler*, der schließlich zu Beginn seiner politischen Tätigkeit, wie dargelegt, als SPD-Sympathisant gegolten¹²⁷ und sich bei Bekundung seiner wahren Absichten eigentlich - abgesehen von der „jüdischen Führungsschicht“ (da klingt *Dühring* nach!) - immer positiv über diese Partei geäußert¹²⁸ hatte und dem es auch entschieden um die Integration des

¹²⁰ S. *spiegel-online* vom 28. Juni 2005; mit „rechts“ ist dabei „rechtsextrem“ gemeint.

¹²¹ Dazu *Hans-Ulrich Jörges*, Die Gewerkschaftspartei, in: *Stern* 37/2005, S. 154: <http://www.stern.de/politik/deutschland/zwischenruf/zwischenruf-die-gewerkschaftspartei-545553.html>

¹²² S. *Jörges* ebenda.

¹²³ So die zutreffende Erklärung von *Götz Aly* im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 10.08.2005, S. 5: „Elemente des nationalen Sozialismus“; zu dessen Buch über die sozialistische „Wohlfühlidiktatur“ des Dritten Reiches, s. (S. 38 ff.): [file:///D:/Downloads/ef052-screen%20\(4\).pdf](file:///D:/Downloads/ef052-screen%20(4).pdf)

¹²⁴ S. dazu ausführlich *Christian Striefler*, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, 1993; zum „Faschismus“ und seinem Kontext zur Sozialdemokratie, s. 10. Teil der Sozialismusbewältigung: **Sozialismus als Faschismus – Belege bei Betrachtung außereuropäischer Phänomene** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-10.pdf>

¹²⁵ S. *Silberner*, a. a. O., S. 203 ff, speziell zur österreichischen Sozialdemokratie, die die Ambivalenz besonders verkörpert, s. S. 231 ff; sowie *Hans-Helmuth Knütter*, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933, 1971.

¹²⁶ So *Striefler*, a. a. O., S. 192.

¹²⁷ S. *Höhne*, a. a. O., S. 41 f. m. w. N.

¹²⁸ S. dazu *Rainer Zitelmann*, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 1993, S. 464, m. w. N.

sozialdemokratischen Arbeiters gegangen ist. Dies ist *Hitler* durch seine sozialpolitischen Maßnahmen derart weitgehend gelungen, daß man schließlich sogar von „so etwas wie eine(r) Affinität sozialdemokratischer Arbeiter zu Hitler“¹²⁹ sprechen konnte, „die auch umgekehrt zutraf.“ Zur Integration in das NS-Regime mußten ehemalige Kommunisten und auch SPD-Leute lediglich „proletarisch“ durch „deutsch“ ersetzen und die Weltanschauung stimmte bereits: Ein Konservativer oder Liberaler, der zum überzeugten Nationalsozialisten wurde, mußte da schon einiges mehr an Anschauungselementen ersetzen.

Die neuste Entwicklung innerhalb der bundesdeutschen Gewerkschaften, die bereits bei Bundestagswahlen zu einer Stärkung des Postkommunismus durch Hinzufügen von „Elementen des Konzepts ‚nationaler Sozialismus‘“¹³⁰ geführt hat, bedroht bei VS-Bewertung die Verfassungsordnung, weil dies auf eine stillschweigende Umwertung der Gleichheits- und Freiheitskonzeption hinausläuft, die letztlich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist; die Freiheitsrechte werden hierbei kollektivistisch entwertet. Gleichheit erscheint dabei nicht als Chancengleichheit wie sie von der Freiheitsidee gefordert ist, sondern führt zu einer „sozialen Gleichheit, die auf die Rechtsgleichheit des Menschen pfeift.“¹³¹ Diese verfassungsfeindliche Konzeption hat die klassische SPD gekennzeichnet und stellte die Ursache dafür dar, daß sich der (Links-)Liberalismus zur Zeit von *Lassalle* von der Arbeiterbewegung abgewandt hatte (bis der „Rechtsrevisionismus“ wieder ein Zusammengehen ermöglichen sollte), was *Lassalle* zur Überlegung veranlaßt hatte, Sozialismus mit dem für „Obrigkeitsstaat“ stehenden *Bismarck* durchzusetzen. Nicht nur letzteres, sondern auch die Vollmachten, die sich *Lassalle* - „seinem ganzen Wesen nach ... ein revolutionärer Diktator“¹³² - in der ADAV-Vereinsatzung einräumen ließ, machen den autoritären Charakter des Sozialismus¹³³ deutlich. Der die Individualrechte negierende Egalitarismus hat sich in der NS-Zeit durch die „vielen Anleihen des nationalen Sozialismus aus dem linkssozialistischen Ideenvorrat“ ergeben, die schon aus den „Biographien der Beteiligten“¹³⁴ folgten, wofür etwa der Organisator des NS-Judenmordes *Eichmann* steht, der seine „gefühlsmäßigen politischen Empfindungen“ selbst als „links“ einstufte.

Angesichts dieser historischen Kontinuitäten muß es schon erschrecken, wie die SPD-Führung zum Zwecke der Niederhaltung der erkennbar vorhandenen Grundstimmung in Richtung nationaler Sozialismus innerhalb der ihr nahe stehenden Gewerkschaften, eine gegen den „Neoliberalismus“ gerichtete „Heuschrecken-Debatte“ eröffnet, die den im Sozialismus mangels Vergangenheitsbewältigung latent vorhandenen Antisemitismus bedient. Gerade „Finanzkapital“ ist nämlich in der sozialistischen Tradition schon immer als „Codewort“ („VS“-Vokabel) für „Herrschaft des Judentums“ verwendet worden. Die Geschichte des Sozialismus zeigt, daß er „je nach den politischen oder sozialen Umständen sich dem Antisemitismus ebensogut nähern und mit ihm liebäugeln wie ihn ablehnen und bekämpfen kann. Sie lassen auch, sofern man überhaupt von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen darf, eine neuerliche Annäherung von Sozialismus und Antisemitismus als durchaus möglich erscheinen. Das fiele jedenfalls nicht aus dem Rahmen sozialistischer Tradition ... Dazu bedarf es keiner Änderung der sozialistischen Theorie.“¹³⁵ Im Sozialismus ist latent immer schon der nationale Sozialismus vorhanden gewesen, was „VS“-Beobachtung gewissermaßen an der Quelle erfordert, zumal der amtliche SPD-„VS“ ohne weiteres „gegen Rechts“ die Annahme

¹²⁹ S. *Höhne*, a. a. O., S. 360.

¹³⁰ So *Aly* hinsichtlich der Wahlpropaganda des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und SPD-Kanzlerkandidaten und dann DDR-Verharmlosers der WASG und zwischenzeitlichen Co-Vorsitzenden der Ex-SED *Oskar Lafontaine*.

¹³¹ So zu Recht *Aly*, ebenda.

¹³² So *Gilg*, a. a. O., S. 58.

¹³³ S. *Miller*, a. a. O., S. 48 ff.

¹³⁴ So *Aly*, *Hitlers Volksstaat*, S. 15.

¹³⁵ So zusammenfassend *Silberner*, a. a. O., S. 294 f.

bejaht, daß man im Interesse des Demokratieschutzes zwingend von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen dürfe oder gar müsse. Dann muß aber dringend „beobachtet“ werden, wie es um das „rechtsextremistische Potential“ bei dieser Partei noch bestellt sein könnte.

„Geheime“ Zusätze zu „Godesberg“

Die SPD wird sich gegen das Ansinnen einer „VS“-Beobachtung und damit ihrer Einordnung als Parteiverbotskandidat, womit sie gerne unerwünschte konkurrierende Strömungen von rechts überzieht, mit dem Hinweis verwehren, daß sie mit dem noch irgendwie geltenden *Godesberger Programm* von 1959¹³⁶ förmlich ihr Programm in Einklang mit dem gebracht habe, was sie trotz aller verquerer Ideologie in der Praxis schon immer gewesen sei, nämlich eine demokratischer Reformpartei, die schon immer für Freiheitsrechte eingetreten sei. Mit diesem Programm, das schließlich *Bernstein*¹³⁷ endgültig zum Sieg verholfen habe, habe sie dem Marxismus als Parteidoktrin abgeschworen und aufgehört, Sozialismus im Sinne einer Utopie als Religionsersatz anzusehen. An diesem Selbstverständnis ist sicherlich vieles richtig, nur kommt es bei der Frage der „VS“-Überwachung - zumindest im Falle von rechts - nicht (nur) auf das offizielle Programm und das dabei möglicherweise gemachte „Lippenbekenntnis“, sondern vor allem auf die „geheimen“ Zusätze an, die sich aufgrund der Verankerung in einer bedenklichen Tradition, Mentalität und Utopiesehnsucht wie von selbst ergeben. So steht über dem Programm von Godesberg bekanntlich das „etwas - sagen - wollende Augenzwinkern“ des SPD-Großstrategen *Herbert Wehner*¹³⁸ an den marxistischen Flügel: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für notwendig halten, wenn sie die Macht haben“, d.h. das offizielle Programm ist letztlich für das ideologische Selbstverständnis unwichtig, vielmehr kommt es darauf an: „wie kommen wir mit den Mitteln der Demokratie zum Sozialismus. Das entscheidende demokratische Mittel aber ist der Wahlsieg der SPD.“¹³⁹ Bei dieser Aussage stellt sich aber zwingend die Frage, ob „Sozialismus“ dabei die Überwindung der Demokratie ist oder deren „Vollendung“ darstellt: Oder ist diese Alternative im Wege der Hegelschen Dialektik „aufgehoben“?

Um das (gewissermaßen) „VS“-Konforme ihres Sozialismus auszudrücken, hat die SPD den durch Kommunismus und Nationalsozialismus (zumindest vorübergehend) zum Unwort gemachten „Sozialismus“ mit unterschiedlichen Adjektiven wie „freiheitlich“ oder „demokratisch“ versehen: Der „freiheitliche Sozialismus“ steht in einer bemerkenswerten Tradition, ist doch davon zuerst in Bezug auf *Johann Most*¹⁴⁰ die Rede gewesen, dessen weitgehende Adaption der *Dühringschen* Theorien „gewissermaßen der erste Schritt vom autoritären zum freiheitlichen Sozialismus“¹⁴¹ gewesen sein soll. Das Wort „demokratisch“ löst das Abgrenzungsproblem zur Verfassungsfeindlichkeit nicht wirklich, gesteht doch die „freiheitliche demokratische Grundordnung“¹⁴² der (linksextremen) „Volksdemokratie“ durchaus die demokratische Legitimität zu, will sich von dieser jedoch abgrenzen. Maßgebend für „Godesberg“ ist deshalb schließlich der sog. „ethische Sozialismus“ geworden, der sich in den „Grundwerten des Sozialismus“ niederschlägt, wonach „der Mensch (sic!) seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft (sic!) verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit (sic!)

¹³⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Godesberger_Programm

¹³⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Eduard_Bernstein

¹³⁸ So *Frederik*, a. a. O., S. 416 m. w. N.

¹³⁹ So *Herbert Wehner*, in: *Vorwärts* vom 04.12.1959.

¹⁴⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Most

¹⁴¹ So *Rudolf Rocker*, *Johann Most. Das Leben eines Rebellen*, 1924, S. 56 f.

¹⁴² S. die Begründung für diesen Begriff im Parlamentarischen Rat durch v. *Mangoldt*; es darf außerdem darauf hingewiesen werden, daß in Indien und Sri Lanka „demokratisch“ beim Sozialismus Synonym für „national“ ist.

mitwirken“ können soll. Als Hauptverantwortlicher für diesen „ethischen Sozialismus“ ist der gewissermaßen letzte SPD-Chefideologe *Willi Eichler*¹⁴³ auszumachen, der einst als Nachfolger von *Leonard Nelson*¹⁴⁴ als Vorsitzender des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ (ISK) fungiert hatte, einer der vielen linksradikalen Sekten, die sich in der Zwischenkriegszeit zwischen KPD, SPD und Dadaismus bewegt haben.

„Der ISK war die erste sich zur Linken bekennende ... und auf der Linken operierende Partei, die das Mehrheitsprinzip offen und grundsätzlich ablehnte und sich mit allem Nachdruck 'antidemokratisch' nannte.“¹⁴⁵ *Nelson* wollte an Stelle von Mehrheitsprinzip und Volkssouveränität einerseits und der außenpolitischen Unabhängigkeit andererseits die Verfassungsgerichtsbarkeit und die internationale Einbindung setzen, um seine „Ethik“ als maßgebend durchzusetzen. Was *Nelson* und seine Schüler - neben *Eichler* ist etwa der langjährige IG-Metall-Vorsitzende *Otto Brenner*¹⁴⁶ zu nennen - in anerkennenswerter Selbsterkenntnis als „antidemokratisch“ ausgemacht hatten, würde *Eduard Bernstein*, der mit „Godesberg“ den ideologischen Sieg davon getragen hat, durchaus als von den Zeitumständen geforderte Ausprägung des Demokratieprinzips erkennen, hatte er doch selbst eine kulturphilosophische Standortbestimmung herausgegeben, nämlich von *David Koigen*,¹⁴⁷ Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit, 1912, die für die demokratische Staatsform wenig Interesse zeigte, sondern sich für „das Demokratische“ als „Beherrschungs- und Bewertungsmethode des Lebens“ aussprach. „Das Demokratische“ „kann damit auf alle Lebensgebiete angewandt werden, aber zugleich im Gebiet der politischen Entscheidung eingeschränkt werden.“¹⁴⁸ Und nichts anderes bedeutet der Begriff „Sozialdemokratie“, d.h. der „Gesellschaftsdemokratie“, der sehr wohl geeignet ist, Freiheit und Demokratie beschränkende Maßnahmen als „demokratisch“ auszugeben. Dafür steht etwa der von der SPD als politisches Hauptanliegen eingeführte bundesdeutsche Sonderweg der Unternehmensmitbestimmung, die als Ersatz für die zur Zeit der Weimarer Republik geplante Totalsozialisierung steht, was nur durch erhebliche Eingriffe in Freiheitsrechte (Eigentums-, Gewerbe- und Vereinigungsfreiheit) als „Demokratisierung der Wirtschaft“ zu verwirklichen ist. Notwendigerweise läuft dann „mehr Demokratie“ auf weniger Freiheit hinaus.

Die mit „Wirtschaftsdemokratie“ ursprünglich verfolgte Zielsetzung ist dabei letztlich auf die Etablierung einer zum Staat parallel stehende Machtbildung der Gewerkschaften gerichtet (gewesen). *Alfred Weber* hat dies auf einem Gewerkschaftskongreß dergestalt¹⁴⁹ zum Ausdruck gebracht, daß Staat und Gewerkschaft als „wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“ (Godesberger Programm) parallele Integrationsprozesse verfolgten, wobei es auf das „Tempo des Fortschreitens“ ankomme. Bleibe der Staat zurück, dann müsse er sich den Forderungen der Gewerkschaften beugen, die diese auch durch außerparlamentarisches Vorgehen durchsetzen dürfen. „Die Demokratie ist danach keine Verfahrensweise, sondern ein inhaltlich fixiertes Ziel. Jeder, der diesem Ziel entgegenstreitet, ist damit von vornherein demokratisch legitimiert, jeder, der ihm widerstrebt, kriminalisiert, auch wenn er sich auf die 'zufällige Mehrheit' stützt.“¹⁵⁰

¹⁴³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Eichler

¹⁴⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Leonard_Nelson

¹⁴⁵ Nachweis bei *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 105.

¹⁴⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Brenner

¹⁴⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/David_Koigen

¹⁴⁸ S. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 85 f.

¹⁴⁹ S. ebenda, S. 125 f.

¹⁵⁰ S. ebenda, S. 126.

Es wird klar, daß in den „geheimen Zusätzen“ des Godesberger Programms weiterhin die Vorstellungen der *Bebel*-SPD aufscheinen. Damit werden die Bekenntnisse zu den Freiheitsrechten erheblich entwertet, weil diese doch nur unter bestimmten Umständen - so läßt sich schon die Einlassung von *Bernstein* verstehen - demokratisch sind, d.h. wenn man sie etwa dem Obrigkeitsstaat entgegenhält oder die „Demokraten“ in der Minderheit sind und von Freiheitsrechten profitieren wollen. Dabei ist der Begriff der „Demokratisierung“ verräterisch, der sicherlich im „Obrigkeitsstaat“ seine Berechtigung hatte, aber in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (wie schon in der Weimarer Demokratie) als gänzlich verfehlt und verfassungsfeindlich angesehen werden müßte: Denn wie soll denn eigentlich die Demokratie „demokratisiert“ werden oder soll man die Bundesrepublik Deutschland doch nicht als solche anerkennen? (eine Bewertung, die im Falle von „rechts“ nach Ansicht von SPDlogen „Verfassungsfeindlichkeit“ zum Ausdruck bringt). Die „Steigerung von Demokratie“ (Demokratisierung) läuft dann wohl doch auf die „totalitäre Demokratie“ hinaus.

Deren Kern besteht in der Annahme, „Nichtdemokraten“ zur Demokratieverwirklichung die Freiheitsrechte aberkennen und entsprechende Parteien verbieten zu müssen, da in der fortgeschrittenen Demokratie Freiheitsrechte nicht mehr die Bedeutung haben können, die sie zugunsten von Demokraten in der zurückgebliebenen Demokratie oder der Vor-Demokratie (Obrigkeitsstaat) haben mußten. Im Sozialismus transformiert man dann Grundrechte in „Werte“, macht sie dadurch - den Weg von der Menschenrechtserklärung zum *terreur* in der vorbildlichen Französischen Revolution imitierend - zu staatlichen Kompetenznormen und schließlich zu Strafnormen, die sich gegen politische Opposition einsetzen lassen. Freiheitsrechte gelten dann weiterhin, nur nicht als Rechtsansprüche von „Nichtdemokraten“, sondern als Bekenntnisgehalte der Demokratiegläubigen. Diese Ideo-Logik führt im Extremfall dazu, etwa den Gleichheitssatz so zu verstehen, daß er zur Vermeidung des strafrechtlich sanktionierten Diskriminierungsvorwurfs gebietet, die Einheitsliste der Demokraten zu wählen: Der Marxismus ist demnach in der SPD nicht überwunden, sondern feiert als „Kampf gegen Rechts“ mit seiner „Verbotsdiskussion“ als Beeinträchtigung des Mehrheitsprinzips und des Meinungspluralismus fröhliche Urstände!

SPD und die Gefährdung der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland

Es dürfte klar sein, daß diese „geheimen Zusätze“ zum SPD-Parteiprogramm, die das enthalten, was eine schon längere, offensichtlich nicht überwundene, schon gar nicht bewältigte SPD-Tradition hat, angesichts der politischen Bedeutung dieser Partei nicht ohne Auswirkungen auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland bleiben können. Der Abfall der Linken von der Demokratie, der durch nachhaltige Demokratiebekenntnisse kaschiert wird, hat sich schon zu Beginn der Bundesrepublik in der Aussage des hessischen Ministerpräsidenten *Zinn* (SPD)¹⁵¹ ausgedrückt: „Wir können es uns nicht leisten, uns auf die Massen zu stützen,“¹⁵² weshalb etwa das Grundgesetz nicht einem Plebiszit unterworfen worden ist. „Man schneiderte für die Grundentscheidung des Abfalls von der Volkssouveränität immer neue zeitphilosophische Gewänder. Erst lieferte das ‚Atomzeitalter‘, dann die ‚zweite industrielle Revolution‘, die ‚Automation‘, der ‚Bildungsnotstand‘, die ‚Friedenspolitik‘ den modischen Stoff.“¹⁵³ Seit längerem ist es die „Bewältigung“, die unterstellt, insbesondere die SPD hätte aus der „Vergangenheit“ Lehren gezogen, während das (deutsche) Volk, das einst naturgemäß Bezugspunkt der Demokraten gewesen ist, unter permanenten Faschismusverdacht gestellt und als rechtsextrem eingeordnet wird.

Dieses hält man in Übereinstimmung mit dem „ethischen Sozialismus“ des Gegners der Volkssouveränität und eigentlichen Vaters von „Godesberg“ (zumindest von dessen „geheimen“ Zusätzen), *Leonard Nelson*, in Schach, indem man die Deutschen der internationalen Einbindung unterwirft, d.h. aus dem Grundgesetz eine Art internationale Gemeindeordnung macht. Im Rahmen dieser quasi-gemeindlichen Selbstverwaltung, deren Entscheidungen unter dem Vorbehalt der Billigung durch internationale Gremien stehen, läßt man sich, um die Entwertung der Volkssouveränität zum Abschluß zu bringen, von der sonderweglich ausgebauten Verfassungsgerichtsbarkeit die „Werte“ vorgeben, mit denen man politische Feinde unter Faschismus-Verdacht stellen und deren Grundrechte - auch außerhalb des sonderweglichen Verfahrens nach Artikel 18 GG - faktisch aberkennen kann. Wenn Demokratie kein rechtsstaatlich definierbares, weitgehend ergebnisoffenes politisches Verfahren darstellt, sondern etwas, das inhaltlich determiniert ist und etwa zwingend die internationale Einbindungsbereitschaft, wie €-Untertänigkeit vorschreibt, dann reduziert sich Demokratie auf ein demokratisches Bekenntnis, dessen Inhalt jeweils aufgrund einer zeitgebundenen geistesgeschichtlichen Analyse - von SPD-Theoretikern etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) - ermittelt wird: So ist mittlerweile etwa staatlich vorgegebene „Erinnerung“ mit „Verbotdiskussion“ gegen konkurrierende Parteien „gelebte Verfassung.“¹⁵⁴

Dieser Verfassungskollektivismus, der nicht nur den intimen Vorgang des „Erinnerns“ staatlich reglementieren will, sondern die Ausübung politischer Rechte vom Glauben an die von der SPD noch tolerierbar erscheinenden Ansichten abhängig macht, transformiert Demokratie in eine Herrschaftsform, die einer Theokratie ähnelt, wie letztlich schon *Nelson* postuliert hat. „Fortschrittliche Demokratie“ manifestiert sich dann in der Verfolgung der von der demokratisch gebotenen Einheitsmeinung abweichenden „Nichtdemokraten“. In der Bundesrepublik Deutschland heißt dies „Verfassungsschutz“, der „Mehr Demokratie wagen!“ (*Brandt*) mit „Radikalenerlaß“¹⁵⁵ - bei Bedarf sogar gegen links - ausbuchstabiert. Seitdem es

¹⁵¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Georg-August_Zinn

¹⁵² S. *Peter H. Merkel*, *The Origin of the West German Republic*, 1963, S. 81.

¹⁵³ S. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 120.

¹⁵⁴ So Kanzler *Schröder* (SPD) bei einer der zahlreichen Bewältigungsveranstaltungen des Jahres 2005, s. *FAZ* vom 26.01.05.

¹⁵⁵ Zur insoweit berechtigten Kritik von links, s. *Manfred Histor*, *Willy Brandts vergessene Opfer. Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971 - 1988*, 1989.

dabei eigentlich nur noch „gegen rechts“ geht, also etwa seit der Wiedervereinigung und des damit verbundenen Untergang des sozialistischen „allgemeinen Zuchthauses“ (*Bismarck*), ist dieser Art von „Verfassungsschutz“ zum wesentlichsten Demokratisierungsanliegen der Sozialdemokratie geworden. Die SPD-Aktivisten im amtlichen „VS“, die gleichzeitig bei parteipolitischen Vorfeldorganisationen wie *blick nach rechts* oder *FES* Feinde bekämpfen, schwingen sich dabei zu der von *Nelson*¹⁵⁶ postulierten „wahren unsichtbaren Kirche“ auf, „die ohne Dogmen und Zeremonien besteht und die allein von den Priestern der Wahrheit und Gerechtigkeit verwaltet wird.“

Bei *Nelson* führt nämlich der Gleichheitsgedanke zu einer Elite der wahrhaft Erkennenden. Dementsprechend sollte das Entstehen einer die Bundesrepublik Deutschland zunehmend prägenden sozialdemokratischen Verfassungsreligiosität nicht verwundern, die zwar nicht mehr den „Sozialismus“ zum Religionsersatz macht, aber doch das auf ein sozialdemokratisches Vorverständnis reduziertes „Grundgesetz“. Dieser neo-sozialistische Religions- bzw. Theologieersatz, der mit „Vergangenheitsbewältigung“ auf den Begriff gebracht wird, gebietet dann die für „demokratisches Bekenntnis“ stehenden Tabus der *political correctness*, die der Sozialdemokratie weiterhin eine moralische Vorrangstellung vor konkurrierende politisch-weltanschauliche Strömungen sichern. Wenn SPD-Funktionäre etwa staatstheologisch vor der „Verlockung des Verdrängens“ schwadronieren, meinen sie ja nicht die Bewältigungsbedürftigkeit der Tatsache, daß sich *Hitler* nach den Erkenntnissen der Sopade schon 1935 hauptsächlich auf die Arbeiterschaft, d.h. die früheren SPD-Wähler stützen¹⁵⁷ konnte, sondern richten diese Bewältigungsaufforderung zur Unterminierung der politischen Chancengleichheit nur an andere und fühlen sich selbst dabei gar nicht angesprochen.

Als Beispiel für den sozialdemokratischen Weltanschauungsstaat, der sich hierbei ergibt, mag aus noch jüngerer Zeit die disziplinarrechtliche Verfolgung des Gymnasiallehrers *Karl-Heinz Schmick* durch den immerhin zwischenzeitlich abgewählten, aber dann wieder installierten Berliner Volksfrontsenat angeführt werden.¹⁵⁸ Diese Verfolgung mit dem Ziel der Förderung der SPD-verursachter Arbeitslosigkeit steht für zahlreiche andere politische Diskriminierungsmaßnahmen, deren Ausmaß die gegen SPD-Anhänger im Obrigkeitsstaat gerichteten vergleichbaren Maßnahmen zahlenmäßig bereits überschritten haben dürfte, wobei dies in der Bundesrepublik Deutschland unter „Demokratie“ läuft, die damit entschieden delegitimiert wird! Diesem Lehrer sollte ein Verbot des Diktatorenvergleichs (*Hitler - Stalin*) mit Sanktionsfolge Dienstentlassung¹⁵⁹ auferlegt werden, was das zuständige (sozialdemokratisch dominierte?) Verwaltungsgericht immerhin mit einer Gehaltskürzung von 10% für ein Jahr geahndet hat! Ideologienpolitisch läuft dies darauf hinaus, daß Volksfrontpolitik, die Vertreter des ehemaligen sozialistischen Zuchthauses an die Regierung bringt und die Erosion der Abgrenzung von SPD und Linksextremismus deutlich macht, als völlig legitim angesehen wird. Ja mehr noch: die (Ex?)Kommunisten dürfen ihre Demokratisierungs-Konzeption der Steigerung der Demokratie auch noch durch Verfolgungsmaßnahmen gegen harmlose „rechte“ Lehrer verwirklichen!

Die maßgeblichste Bedrohung der politischen Freiheit dürfte das von der SPD und des mit ihr verbündeten ideologischen Linksextremismus monopolisierte Instrument des Antisemitismusvorwurfs darstellen. Dieses Instrument hatte den wesentlichen Einstieg in die totalitäre Machtausübung des Sowjetregimes dargestellt, indem Volkskommissar (Minister) *Larin* zu

¹⁵⁶ S. *Leonhard Nelson*, System der philosophischen Rechtslehre und Politik, 1924, S. 608.

¹⁵⁷ S. *Höhne*, a. a. O., S. 360.

¹⁵⁸ S. dazu mwN.: https://inrur.is/wiki/Karl-Heinz_Schmick

¹⁵⁹ S. Vergleichen verboten. Jedenfalls in der Untersekunda: Disziplinierung eines Lehrers, in: *FAZ* vom 29.06.2005, S. 39.

Beginn des sowjetischen Terrorregimes dekretiert hatte: „Aktive Antisemiten sind für vogelfrei zu erklären, d.h. sie sind zur erschießen!“¹⁶⁰ In der ideologiepolitisch von der SPD dominierten Bundesrepublik Deutschland etabliert dieses Instrument nicht nur Vergleichsverbote zugunsten linksextremer Anliegen, sondern erlaubt der politischen Linken unter Einschluß des Linksextremismus und vor allem aus diesem hervorgegangenen 68ern, den wirklichen Neo-Nazis,¹⁶¹ ihre politisch-ideologische Agenda der unverkennbar bestehenden rechtlichen¹⁶² und vor allem weltanschaulichen¹⁶³ Privilegierung der entsprechenden Bevölkerungsgruppe anzupassen, um unter dem Vorwand von deren Schutz mittels ideologie-politischer Kombinationsstrategien („Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit ...“)¹⁶⁴ eine linke Agenda durchzusetzen: Wer etwa gegen massive Türkeneinwanderung durch eine (mittlerweile etwas zurückgestellte) geplante EU-Mitgliedschaft der Türkei ist, wird durch diese Kombinationsstrategie zum „Antisemiten“ gemacht, der eigentlich vogelfrei ist, wenngleich es der „Toleranz“ von Demokraten noch geschuldet ist, daß man zu weniger weitreichenden Mitteln greift als den sowjetischen, wenngleich der Demokratisierungslogan „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ die Steigerungsfähigkeit der politischen Diskriminierung deutlich macht, was ja den „VS“ eigentlich interessieren müßte. Im „Kampf gegen Rechts“ kann die SPD zeigen, daß sie vom Ex-Bolschewiken *Wehner* gelernt hat, wenn sie den Parteipluralismus durch Herabwürdigung von Menschen (die sie nur nicht als solche ansprechen will) zu „Scheiße“ macht und mit ähnlichen Fäkalausdrücken delegitimiert. Darin zeigt sich pseudoreligiöser Haß, weil „die Rechten“ wohl dafür verantwortlich sind, daß sich die überkommenen utopischen Sehnsüchte aus *Bebel*-Zeiten, selbst als „Grundgesetz“ einfach nicht verwirklichen.

Bekanntlich ist denn auch der linke Anti-Antisemitismus, der den politischen Gegner fast rassenkategorisch zum Unmenschen macht und deshalb gelegentlich zu einem rassistoiden Philosemitismus ausartet, nie selbstlos gewesen¹⁶⁵ und dementsprechend wird auch beim „Kampf gegen Rechts“, der zunehmend das einzig genuin sozialdemokratische Politikfeld¹⁶⁶ einer ansonsten wenig spezifisch sozialdemokratischen Politik darzustellen scheint, die ganze Ambivalenz des traditionellen Anti-Antisemitismus der Sozialdemokratie deutlich: Seine Definition des „Rechtsextremismus“ ist nämlich so angelegt, daß es kaum Schwierigkeiten bereitet, beim „Kampf gegen Rechts“ - wie es in der üblichen antipluralistischen Weise lautet (statt „rechtsextrem“, „rechtsradikal“, „rechtsextremistisch“) - einen latenten Antisemitismus zu entdecken, ja mehr noch: der latente Antisemitismus, der letztlich in der Bundesrepublik von

¹⁶⁰ S. bei *Alexander Solschenizyn*, „Zweihundert Jahre zusammen“. Die Juden in der Sowjetunion, 2003, S. 99.

¹⁶¹ S. den Beitrag des Verfassers: Der Nationalsozialismus der 68er. Warum die „K-Gruppen“ als Quelle von Rot-Grün NS-Gruppen waren (s. S. 34 ff.): [file:///D:/Downloads/ef053-screen%20\(1\).pdf](file:///D:/Downloads/ef053-screen%20(1).pdf)

Sowie den 8. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Die deutschen 68er: Die eigentlichen Neo-Nazis? Plädoyer für die Bewältigung der Vergangenheit der wesensverwandten „68er“**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-8.pdf>

¹⁶² S. die Einschränkung der Straflosigkeit von Kollektivbeleidigung zugunsten von Juden bei BGHZ 75, 160, 163: „Dies hat der Bundesgerichtshof im Gegensatz zu seiner sonst einengenden Haltung gegenüber anderen Kollektivbeleidigungen bejaht“.

¹⁶³ Man könnte die Frage stellen, wieso Antisemitismus so schlimm sein soll, während eine Anti-Rechts-Einstellung trotz der massenmörderischen Erfahrung der chinesischen Kulturrevolution, die sich „gegen Rechts“ (Rechtsabweichler, Rechtsrevisionisten und dergl.) gerichtet hat, in der Bundesrepublik Deutschland bundesverdienstkreuzwürdig ist.

¹⁶⁴ Eigentlich müßte diese Kombination selbst als „antisemitisch“ bezeichnet werden, weil sie unterstellt, daß Juden etwas Fremdes seien.

¹⁶⁵ S. *Sonja Margolina*, Das Ende der Lügen. Rußland und Juden im 20. Jahrhundert, 1992, S. 71 hinsichtlich der „bolschewistischen Judophilie“.

¹⁶⁶ S. dazu insbesondere die *Leitlinien für den Umgang mit Rechtsextremisten*, die man nur als Anleitung zum Haß verstehen kann; es wird allerdings im Falle der SPD keine Verfahren wegen „Volksverhetzung“ geben!

Bedeutung ist, besteht gerade im Vorwurf des Rechtsextremismus!¹⁶⁷ „Den Rechten“ wird nämlich, etwa mit der - ernst gemeinten! - Anschuldigung, Volk und die eigene Nation zum obersten Wert¹⁶⁸ zu machen (so wie es im demokratieadäquaten Dienst des Grundgesetzes steht), ideologisch *cum grano salis* zum Vorwurf gemacht, was seit der Antike¹⁶⁹ „den Juden“ angekreidet worden ist und ihnen noch heute, insbesondere bei pro-israelischer Einstellung, jederzeit vorgeworfen werden¹⁷⁰ könnte. Man stelle sich nur vor, in den für das Judentum wohl weitgehend repräsentativen Auffassungen von *Salomon Korn*

„Nur die Gemeinschaft bietet Schutz, der Einzelne hat auf Dauer keine Chance“ „Ich engagiere mich für die Gemeinschaft, weil sie unabdingbare Grundlage meines Lebens ist“ „Das Motiv (zur Übernahme eines politischen Amtes, Anm.) liegt in der Geschichte meiner Familie und des jüdischen Volkes. Der Einsatz für die Gemeinschaft gehört seit biblischen Zeiten zu den Grundsätzen des Judentums“¹⁷¹

würde man statt „jüdisch“ oder „Judentum“ die Begriffe „deutsch“ und „Deutschtum“ setzen: Man hätte dann, in den Kategorien des SPD-dominierten „VS“ gesprochen, den typischen „Rechtsextremisten“, dem „völkischer Kollektivismus“ vorgeworfen wird, der die „Würde des Einzelnen“ unterminiere etc. pp. Die einzige Möglichkeit, den Widerspruch aufzulösen, daß bei einem Juden / Israeli gut sein soll, was bei einem „normalen“ Deutschen verfassungsböse ist, besteht in der Annahme, daß letzterem von der SPD in einer antipluralistischen Weise demokratiefeindlich eine politische Option aberkannt wird, die man bei anderen Völkern für selbstverständlich hält.

Auch dieser ideologiepolitische Widersinn ist tief in der unbewältigten SPD-Historie verwurzelt, wie an *Moses Hess*¹⁷² dargelegt werden kann. Der ideologische Lehrmeister von *Karl Marx* galt zu bestimmten Zeiten als der eigentliche Gründer¹⁷³ der deutschen Sozialdemokratie. Dieser „Kommunisten-Rabbi“ (so *Arnold Ruge*) sollte sich allerdings zu einem radikalen jüdisch-nationalen Sozialisten wandeln, der die Überzeugung zum Ausdruck brachte, daß der „Rassenkampf dem Klassenkampf“ vorgehe, weshalb er die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates mit messianischer Verve erstrebte und somit zum anerkannten Vorläufer des Zionismus geworden ist: „Moses Hess, widely known and respected as one of the first socialists in Germany, subsequently revealed himself as an extreme Jewish racist, whose views about the pure Jewish race published in 1858 were not unlike comparable bilge about pure Aryan race. But the German socialists who struggled against German racism remained silent about their Jewish racism.“¹⁷⁴

¹⁶⁷ S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-6.pdf

¹⁶⁸ Vgl. die jüngere SPD-Kampfschrift mit dem bezeichnenden Demokratisierungstitel: Für eine starke Demokratie - Wirksam handeln gegen rechts!, S. 45: Die Ausschaltung einer gesamten politischen Strömung verstehen SPD-Ideologen als „Demokratie“! Die Verwandtschaft zur „Volksdemokratie“ ist wohl nicht zu verkennen, nicht wahr?

¹⁶⁹ „Die Griechen sahen die Ökumene, d. h. das zivilisierte Universum (im Gegensatz zum Chaos jenseits der Grenzen), in dem ihre Ideen die Oberhand hatten, als multirassische und multinationale Gesellschaft, und diejenigen, welche diese ablehnten (d.h. überwiegend die Juden, *Anm.*), waren Menschenfeinde“, s. *Paul Johnson*, *A History of the Jews*, 1987, S. 134.

¹⁷⁰ Was auch erklärt, wie schnell die Ex-SEDler wegen Israel-Kritik als Antisemiten vorgeführt werden konnten: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/antisemitismus-vorwuerfe-linksfraktion-muss-sich-stellen_aid_631160.html

¹⁷¹ S. das Interview mit *Salomon Korn*, in: *Die Welt* vom 22.09. 2003: „Nur die Gemeinschaft bietet Schutz“.

¹⁷² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Moses_Hess

¹⁷³ So *Zwi Rosen*, *Moses Hess und Karl Marx*. Ein Beitrag zur Entstehung der Marxschen Theorie, 1983, der auf S. 187 abschließt: „Mit Recht ließen deshalb seine Freunde in der SPD auf seinem Grabstein im Friedhof zu Deutz bei Köln die Inschrift einmeißeln: Hier ruht der Vater der deutschen Sozialdemokratie.“

¹⁷⁴ S. *Israel Shahak*, *Jewish History, Jewish Religion. The Weight of Three Thousand Years*, 1994, S. 30.

Auch das sozialdemokratische Kampfinstrument Antisemitismusvorwurf offenbart mithin, was zur langjährigen sozialdemokratischen Verfolgung des Studienrates *Schmick* gesagt¹⁷⁵ worden ist, „der zwar kein Faschist sei, aber Faschismus betreibe“, nämlich „die faschistischen Wurzeln unseres Antifaschismus. Die Dialektik des ‚Nie wieder‘ hat es in sich“: Der Anti-Rechts-Kampf ist dementsprechend von einem latenten Antisemitismus geprägt, weil „rechts“ in einer Weise definiert wird, daß damit jederzeit das Judentum verurteilt werden könnte.¹⁷⁶ Die totalitäre Mentalität kommt etwa in der parteipolitischen Inpflichtnahme des freien Journalismus zum Ausdruck, wonach die verkündete Objektivität des Journalismus „im Dienste des Grundkonsenses unserer Verfassung“ „parteilich“¹⁷⁷ seine Grenze findet. Mit „unserer Verfassung“, die erkennbar für „rechts“, also für Verbotskandidaten nicht ohne weiteres gelten soll (sie sind ja nicht Teil der „Demokratie unser“), ist ein auf sozialdemokratische Ideologieanliegen reduziertes „VS“-Grundgesetz im Sinne der DDR-Verfassung von 1949¹⁷⁸ gemeint, bei dem methodisch nicht die Garantie der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 GG, wie er im Lichte des Artikels 118 WRV verstanden werden muß, maßgeblich ist, sondern Meinungsfreiheit methodisch entsprechend Artikel 27 der *Ulbricht*-Verfassung der DDR von 1968 praktiziert werden muß, der dieses für eine freie Demokratie schlechthin konstituierende Recht durch „Verfassungsprinzipien“ beschränkt, d.h. für Nicht-Sozialisten abgeschafft hat.

Diese „parteilichen“ Verfassungsprinzipien einer extrem durch den Erlass etwa von Gleichstellungsgesetzen diskriminierenden Antidiskriminierungspolitik¹⁷⁹ ergeben sich aus einer rassistoiden „Vergangenheitsbewältigung“, die „rechts“ mit „Auschwitz“¹⁸⁰ (aber nicht „links“ mit „GULag“, politisch induziertem Massenhungertod und „allgemeinem Zuchthaus“) gleichsetzt und der Sozialdemokratie eine ideologie-politische Vorrangstellung einräumen soll, die zumindest informell der förmlichen Vorrangstellung der „Arbeiterpartei“ und ihrer Ideologie im DDR-Regime demokratisch entsprechen soll. Eine förmliche Imitation des DDR-Regimes wäre jedoch unvermeidbar Folge¹⁸¹ der antiparlamentarischen Maßgabe, wonach „rechtsextreme Parlamentarier ... keine Politiker wie alle anderen“ sind „und ... auch nicht als solche behandelt werden“ dürfen. Wenn man sich aber vorstellt, daß diese Parlamentarier bei freien Wahlen (solange man diese zuläßt) und nicht durch verfassungswidrige „Verbotsdiskussionen“ (Verbotsdrohungen)¹⁸² und Verbotsverfahren wegverbietet, vom Volk vielleicht die Mehrheit bekommen könnten, muß diese SPD-Maßgabe notwendigerweise auf die Option „Volksdemokratie“ hinauslaufen, die ihre Diktatur unter Einschluß des

¹⁷⁵ S. den Leserbrief von Professor *Alexander Schuller*, Dialektik des Antifaschismus, in: *FAZ* vom 18.07.2005, S. 11.

¹⁷⁶ S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiturrogat_Teil-6.pdf

¹⁷⁷ S. Nr. 13 der totalitären „Leitlinien für den Umgang mit Rechtsextremisten“.

¹⁷⁸ Daß diese linksextreme Grundgesetz-Imitation ohnehin die eigentliche Verfassung der politischen Linken darstellt wird im 8. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat weiter ausgeführt: **Die heimliche Verfassungskonzeption der deutschen VS-Linken (und Mitte?): Die DDR-Verfassung von 1949** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiturrogat_Teil-8.pdf

¹⁷⁹ S. zur Begründung der weltanschaulichen Diskriminierung beim Erlass des Antidiskriminierungsgesetzes: **BT-Drucksache 16/2022 zu Nr. 4 Buchstabe a.** [\[hier klicken zur pdf-Version der Drucksache, die Stelle steht auf Seite 13\]](#)

¹⁸⁰ S. Nr. 1 der Leitlinien, die martialisch mit „sechzig Jahre nach Auschwitz“ beginnen, wonach man es wieder mit „Neonazis und Rechtsextremisten“ zu tun habe; die Aufzählung belegt, daß mit „Rechtsextremisten“ nicht (nur) „Neonazis“ gemeint sein können, d. h. man will mit „Auschwitz“ ein ganzes konkurrierendes politisches Spektrum ausschalten!

¹⁸¹ S. Nr. 4 der Leitlinien: „Distanz halten!“

¹⁸² S. dazu den 25. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **„Verbotsdiskussion“ als verfassungswidrige Vorwirkung des Parteiverbots** <https://links-enttarnt.de/kritik-des-parteverbotssurrogats-teil-25>

„antifaschistischen Schutzwalls“ mit demokratischer Ideologie rechtfertigt, womit man wiederum zu den ideologischen Wurzeln der Sozialdemokratie zurückgekehrt wäre.

Institutionelle Folgerungen

Die Betrachtung der Sozialdemokratie nach „VS“-Methodik macht wegen der ideologischen Ambivalenz der SPD, bei der Antisemitismusvorwürfe mit latentem Antisemitismus einhergeht und Demokratieabfall mit demokratischen Bekenntnissen kaschiert werden kann, die Dringlichkeit der Einlösung des Versprechens von Staatssekretär *Ritter von Lex*¹⁸³ deutlich, der bei der Lesung des Bundesverfassungsschutzgesetzes argumentiert¹⁸⁴ hatte, „daß es für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes keine sakrosankten Bereiche geben dürfe. Im Rahmen ihrer prinzipiellen Aufgabenstellung gegenüber ‘allen Feinden der Demokratie’ dürften diese Behörden ‘auch nicht davor zurückschrecken, in den Reihen der Regierungsparteien hineinzuleuchten.“ Dieses rechtsstaatlich zwingend gebotene Versprechen, das deswegen schon nicht besonders glaubwürdig ist, weil es ausdrücklich hervorgehoben¹⁸⁵ wurde, dürfte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, selbst im Spionagebereich nie wirklich eingelöst worden sein. Dabei ist doch offensichtlich, daß eine wirkliche Gefahr für den Bestand der Verfassungsordnung, von offenen und bewaffneten „Widerstandsgruppen“ abgesehen, die selbstverständlich polizeilich und sogar erforderlichen Falles militärisch zu bekämpfen sind, doch nur von etablierten politischen Kräften ausgehen kann, zu denen an prominenter Stelle die SPD gehört.

Die weltanschauliche Neutralität des Rechtsstaats gebietet zumindest eine an den Kriterien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgerichtete Auflistung in sog. „Verfassungsschutzberichten“, was erkennbar zur Folge hätte, daß zumindest bei Anwendung der üblichen Methodik des „Verfassungsschutzes“ gegen rechts, man nicht umhin kommen wird, auch die Sozialdemokratie (SPD) in den Verfassungsschutzbericht zu bringen! In der bundesdeutschen Verfassungswirklichkeit ist deshalb eine erhebliche Lücke in Verfassungsschutzberichten festzustellen: Diese Lückenpolitik ist gegen das Mehrparteienprinzip und den Meinungspluralismus gerichtet und beeinträchtigt die Chancengleichheit von Oppositionsparteien und ist damit letztlich gegen freie Parlamentswahlen gerichtet!

Hinweis:

Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete Fassung von Kapitel C. V. des von *Josef Schußlburner* / *Hans-Helmuth Knütter* herausgegebenen „Alternativen Verfassungsschutzberichts“ mit dem Titel: Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht. Die ursprüngliche Fassung des entsprechenden Kapitels ist in der Buchfassung auf den Seiten 475 bis 508 nachzulesen.

¹⁸³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Ritter_von_Lex

¹⁸⁴ S. *Walter Imle*, Zwischen Vorbehalt und Erfordernis: Eine Studie zur Entstehung des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes nach 1945, 1984, S. 158.

¹⁸⁵ Es würden sich erhebliche Zweifel am Vorliegen rechtsstaatlicher Verhältnisse ergeben, wenn bei einer parlamentarischen Beratung der Strafgesetzgebung ausdrücklich hervorgehoben würde, daß Strafverfahren auch gegen Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien eingeleitet werden können, da sich dies wohl von selbst versteht.

Eine maßgebliche Ergänzung zum vorliegend überarbeiteten Kapitel des Alternativen Verfassungsschutzberichts zur Sozialdemokratie stellt das Buch des Verfassers dar:

Roter, brauner und grüner Sozialismus: Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus

ISBN-10: 3939562254

ISBN-13: 978-3939562252

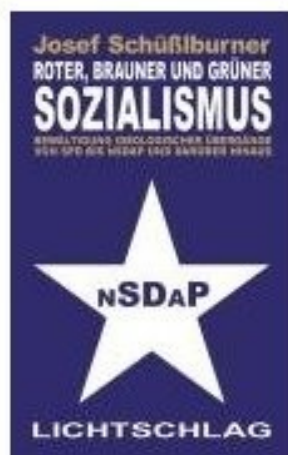
Dieses Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wieder erschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

[Bei Amazon bestellen](#)

Das Inhaltsverzeichnis dieses Werkes ist mit Leseproben zu entnehmen:

<http://lichtschlag->

buchverlag.de/programm/JosefSchuesslburner/RoterbraunerundgruenerSozialismus/Inhalt



Ergänzend zu diesem Buch, aber auch zu den Ausführungen des vorliegenden Textes können zur Erkenntnisfindung mit weiteren Nachweisen noch die Online-Beiträge des Verfassers konsultiert werden, die auf der Website www.links-enttarnt.de zur Sozialismus-Bewältigung unter der Rubrik „Analysen“ (gemeint: zur Linken) veröffentlicht sind:

<https://links-enttarnt.de/artikeluebersicht-sozialismusbewaeltigung>